

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 79 (1999)
Heft: 7-8

Rubrik: Dossier : Renaissance der Zivilgesellschaft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Robert Nef

ZAUBERWORT «ZIVILGESELLSCHAFT»

Reflexionen zu einer Artikelfolge von Guy Berger in der
Zeitschrift «Commentaires»¹

Ich streite nie über Worte.
Sir Karl Popper

Denn eben wo Begriffe fehlen, / Da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein.
Goethe, Faust I / Mephisto

Der Begriff «Zivilgesellschaft» zeichnet sich dadurch aus, dass er praktisch keinen Streit auslöst. Es besteht zwar keineswegs Einmütigkeit darüber, was darunter verstanden werden soll, aber offenbar sind die damit verbundenen Assoziationen allseits meist derart sympathisch, dass man von links bis rechts der Meinung ist, es handle sich um etwas Gutes, Zukunftsträchtiges.

So viel Konsens stimmt zunächst einmal skeptisch. Werden da mit einem «Zauberwort» Gegensätze überwunden, die man vielleicht besser bewusst machen und diskutieren würde? Oder sollten wir in einer zunehmend pluralistischen Gesellschaft froh sein, dass es noch Gemeinplätze gibt, die als Treffpunkt für Meinungsträger mit sehr unterschiedlichen Ausgangspositionen dienen?

Konsens ist in einer technisch-zivilisierten, arbeitsteiligen Gesellschaft mit zahlreichen widersprüchlichen Interessen stets ein knappes Gut. Möglicherweise beruht darauf die politische Attraktivität vieldeutiger Begriffe. Sie werden zu eigentlichen Sammelbecken für Konsens oder auch nur vermeintlichen Konsens bzw. «versteckten Dissens», wie die Juristen es zu nennen belieben, wenn man sich rein verbal, trotz verschiedener Vorstellungen über den Inhalt und die Folgen, und ohne dass dies bewusst wird, nur scheinbar einig ist. Der «versteckte Dissens» spielt in politischen Systemen, welche auf dem Mehrheitsprinzip basieren, eine entscheidende Rolle. Verfassungen und Gesetze werden in pluralistischen Demokratien erst dann mehrheitsfähig, wenn sie jenen Spielraum der Deutung offerieren, bei dem sich schliesslich viele etwas für sie Günstiges vorstellen können. Wenn alle an die schlimmstmög-

liche Auslegung denken würden und kein Vertrauen in eine fallweise Übereinstimmung mobilisieren könnten, wären der generell abstrakten, gemeinsam beweglichen Regelung gemeinsamer Angelegenheiten sehr enge Grenzen gesetzt. Ein extremes gegenseitiges Misstrauen nach dem «*Homo homini lupus*»-Prinzip, nach welchem alle gegen alle Krieg führen, führt eben nicht zu einer inhaltlich abgesprochenen gemeinsamen Verfassung, sondern nur zur gemeinsamen Unterwerfung unter eine mehr oder weniger beschränkte Ordnungsmacht.

Die Geschichte des Begriffs «Zivilgesellschaft» ist eng mit der Frage nach der Auffassung von privaten und staatlichen Angelegenheiten verknüpft, mit der Frage nach dem Wesen und den Grenzen des Politischen, nach der Abgrenzung zwischen einem privaten inneren und einem öffentlichen äusseren Bereich. (Aus diesem Grund ist auch dieses «Dossier» mit «Fensterbildern» von Karl Walser illustriert, welche Ausblicke aus dem privaten in den öffentlichen Bereich zeigen.)

Ideengeschichtliche Wurzeln

Der französische Publizist Guy Berger zeichnet in einer brillanten Analyse die Begriffsgeschichte der «*société civile*» nach.

¹ Guy Berger, *Commentaires*, No 46 (été) 1989
– No 52 (hiver) 1990.

Er beginnt mit *Aristoteles*, dessen Werk in lateinischer Übersetzung in Europa erst im 13. Jahrhundert rezipiert wurde. *Aristoteles* hat durch seine Auffassung von der Gesellschaft als einem Zusammenspiel von individuellen Beziehungen das theozentrische, hierarchisch-kollektivistische mittelalterliche Weltbild erschüttert. *Berger* identifiziert als eigentlichen «Erfinder» des Begriffs «Zivilgesellschaft» *Thomas von Aquin* mit seiner «*communitas civilis*», die allerdings das politische System (von «Staat» zu reden wäre ein Anachronismus), miteinbezieht und sogar in den Mittelpunkt stellt. Bis ins 18. Jahrhundert waren, so *Guy Berger*, «Zivilgesellschaft», «politische Körperschaft» und «Staat» Synonyme, und diese Terminologie wirkt bis in die päpstlichen Enzykliken des ausgehenden 19. Jahrhunderts hinein. Auch *August Comte* stellt die «*société civile ou politique*» der «*société religieuse*» gegenüber. Mit *Hegel* beginnt jene Tradition, welche eine klare Trennung zwischen Staat und Gesellschaft postuliert, jene Trennung, die heute für viele gerade die Attraktivität des Konzepts «Zivilgesellschaft» ausmacht. (Vgl. dazu die Artikel von *Tito Tettamanti* und *Jörg Rappold* in diesem Heft.) Der direkte Bezug der «Zivilgesellschaft» zu einem Republikanismus, welcher die Rolle des privaten *bourgeois* mit der Rolle eines für die politische Öffentlichkeit engagierten *citoyen* verbindet und eine Brücke zwischen «Staat» und «Gesellschaft» schlägt, ist für viele auch heute noch entscheidend, wie dies in den Beiträgen von *Georg Kohler* und *Thomas Sprecher* zum Ausdruck kommt (siehe S. 18 ff. und S. 38 ff. in diesem Heft).

Benjamin Constant, dessen Impulse zur Ideengeschichte des Liberalismus häufig unterschätzt werden, hat zwischen der «*liberté des anciens*», welche Partizipation bedeutet und der «*liberté moderne*» unterschieden. Letztere beruht auf der «*jouissance paisible de l'indépendance privée*»². Das von *Constant* aufgegriffene Thema, das bis heute auch unter Liberalen zu wenig diskutiert worden ist, betrifft das Spannungsfeld von Demokratie und Privatautonomie, von Mitbestimmung und Selbstbestimmung, ein Problem, das man gerne als graduell einstuft, obwohl es auch eine sehr prinzipielle Seite hat.

Karl Marx hat sich kritisch mit *Hegels* Trennung von Staat und Gesellschaft aus-

Der totalitäre
Etatismus
ist die
eigentliche
Negation der
Zivilgesellschaft
und der
Gegenpol zur
Idee der
Subsidiarität
des Staates
gegenüber der
Gesellschaft.

² *Benjamin Constant*, *De la liberté chez les modernes*, Paris, Hachette, Livre de poche, collection Pluriel, 1980, S. 271.

einandergesetzt und verwendet den Begriff Zivilgesellschaft zur Charakterisierung des gesamten materiellen Bereichs von Handel und Industrie in einer bestimmten historischen Entwicklungsphase, Bereiche, die heute gerade nicht im Zentrum der Assoziationen stehen, wenn man den Begriff verwendet. Einen entscheidenden «*glissement de sens*» in Richtung Bedeutungserweiterung hat, so *Guy Berger*, der italienische Marxist *Antonio Gramsci* vollzogen, dessen Schriften in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bei der westeuropäischen Linken zeitweise hoch im Kurs standen, weil sie eine Modernisierung und Adaptierung der marxistisch-leninistischen Theorie anstrebten. Er benützt den Begriff, um den Stellenwert von Erziehung und Kommunikation hervorzuheben, Bereiche, welche in der traditionellen marxistischen Theorie des «Überbaus» zu wenig Beachtung fanden.

Zivilgesellschaft als Antithese zum Totalitarismus

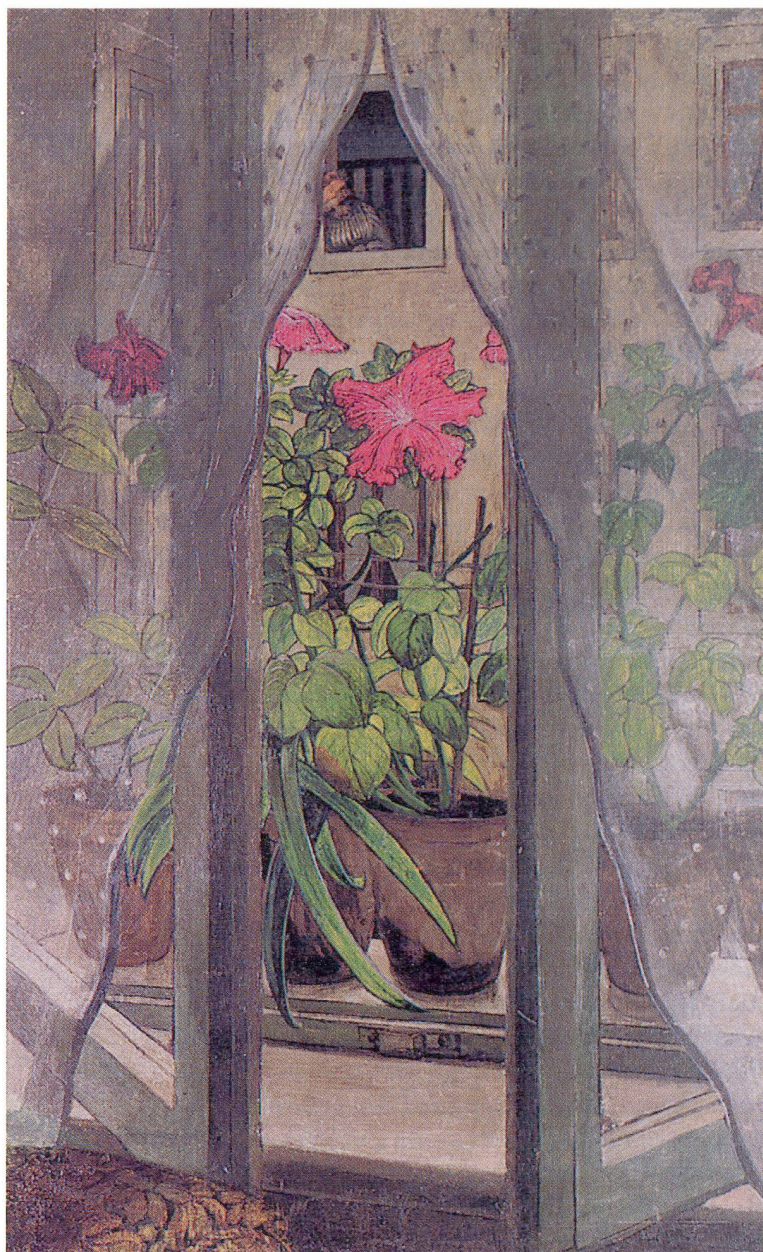
Eine andere wichtige Facette gewann der Begriff «Zivilgesellschaft» in der Debatte um die Totalitarismuskritik, in der *Raymond Aron* die führende Rolle spielte. Der Totalitarismus ist aus dieser Sicht gerade dadurch charakterisiert, dass er die Gliederung und Kammerung der Gesellschaft in Teilbereiche negiert und zu überwinden versucht, meist durch ein temporäres oder definitives Primat der Politik, durch einen Etatismus, der bei den Nationalisten und National-Sozialisten als Ideal («*Wer also heute Nationalist sein will, muss Sozialist sein. Und umgekehrt.*» *Adolf Hitler*, *Mein Kampf*, 1924) und bei den International-Sozialisten als notwendiger Übergang zur klassenlosen Gesellschaft gedeutet wird. Der totalitäre Etatismus ist aus dieser Sicht die eigentliche Negation der Zivilgesellschaft und der Gegenpol zur Idee der Subsidiarität des Staates gegenüber der Gesellschaft.

Die Totalitarismuskritik hat für den «sozialdemokratischen Konsens» und die Konkordanz zwischen sozialdemokratischen und bürgerlichen Parteien, welche die westeuropäische Parteienlandschaft in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts geprägt hat, eine zentrale Funktion. Sie erlaubte die Abgrenzung der Sozialdemo-

kratie und der «Neuen Linken» von den doktrinären Anhängern des Marxismus-Leninismus. Auch wenn die Trennlinie zwischen totalitären und anti-totalitären Sozialisten nicht immer mit gleicher Schärfe gezogen worden ist, war sie für die bürgerlichen Parteien doch stets die *«pièce de résistance»* von Koalitionsvereinbarungen. Das «Ja» zum Pluralismus war auf beiden Seiten der Preis für eine Kooperation. So ist aus bürgerlicher Sicht die «Zivilgesellschaft» zu jenem «Trojanischen Pferd» geworden, in welchem bürgerliches Gedankengut (allem voran «die Trennung von Staat und Gesellschaft») in die etatistisch-sozialistischen Festungen eindringen konnte, aus sozialistischer Sicht wurde sie zum Gemeinplatz, auf dem man sich gefahrlos treffen konnte, weil «Zivilgesellschaft» auch als Synonym für die «klassenlose Gesellschaft» gebraucht werden kann. In einer solchen klassenlosen Gesellschaft würde die politische Herrschaft des Menschen über die Menschen durch die gemeinsame Verwaltung von Sachen abgelöst, wobei nie ganz klar wurde, wann und wie denn das Absterben des zunächst allmächtigen und allzuständigen Staates sich abspielen sollte. Die Trennung von Staat und Gesellschaft ist aus dieser Sicht nicht eine prinzipielle Frage, sondern eine Frage des historischen Entwicklungsstandes, bei dem sich aus einem mächtigen Staats- und Zwangsapparat in wunderbarer Weise handkehrum eine auf Freiwilligkeit und Solidarität abgestützte Gesellschaft hätte bilden sollen. Die Reformsozialisten haben diese Widersprüche erkannt und die Theorie an mögliche Kompromisse und Zwischenformen angepasst.

Staatsskepsis bei Liberalen und bei der Neuen Linken

Die «reformsozialistische», sozialdemokratische, etatistische Linke war in den sechziger und siebziger Jahren nicht tonangebend. An vorderster Front standen die sogenannten Achtundsechziger. Im bürgerlichen Lager hat man in der Regel den anti-etatistischen Impetus der «Neuen Linken», der «ausserparlamentarischen Opposition» und der Gegner des «Staatsmonopolistischen Kapitalismus» und des «Filzes» im polit-ökonomischen «Etab-



Am Fenster (um 1902), Öl auf Karton auf Leinwand, 72,5 x 46 cm, Werner Coninx-Stiftung, Zürich.

Auch ein Fenster nebst hoher Gardine und Blumentopf wurde geschaffen, eine Arbeit von Geist, die als Eigentümlichkeit eine schimmernde Blässe besass, so als seien die Farben durchdrungen von einem zarten edlen Geist, als sei nicht nur der Gegenstand gemalt, sondern auch seine Seele, nämlich der Eindruck und die stumme Dichtung und Erzählung, so als wenn der gemalte Gegenstand ein sinnendes und fühlendes Leben im Bilde führe, als wenn er träume und über sich selber trauere oder lächle.

Aus: Robert Walser, Leben eines Malers, in: Die neue Rundschau, H. 1, 1916.

lishment» und im «militärisch-industriellen Komplex» nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Man wollte das ideologische Monopol der Etatismuskritik in der Hand behalten und hatte gewaltige mentalitätsmässige Berührungsängste mit dieser neuen Form von Kritik an Etatismus und Korporatismus. «Weniger Staat» war auch ein Postulat der Anarcho-Linken, welche

aus dem Staat Gurkensalat machen wollten und eine «Zivilgesellschaft» nach ihren anarchistischen oder basisdemokratischen Vorstellungen zur Alternative des aus ihrer Sicht durch den Kapitalismus und den *New Deal* zwischen Gewerkschaften und Industriekapitänen korruptierten Nationalstaats begründen wollten. Zu einem echten Dialog oder gar zu einer Koalition zwischen liberalen und anarcho-sozialistischen Anti-Etatisten ist es merkwürdigerweise – und vielleicht auch bedauerlicherweise – sehr selten gekommen, oder wenn es sie gegeben hat, ist sie von beiden Seiten nicht als solche wahrgenommen und gedeutet worden. Inzwischen haben sich die meisten «Neuen Linken» entweder von der Politik abgewandt oder sie sind in den Schoss (und zu den Pfründen) der wohlfahrtsstaatlich-konservativen Etatisten heimgekehrt und schimpfen über die staats skeptischen Neoliberalen, wie wenn es nie eine neulinke Kritik am expandierenden Machtkartell des Staatsapparates gegeben hätte. Auch die Grünen haben ihre ursprüngliche Staats- und Zentralismusskepsis weitgehend abgelegt und erhoffen nun, Seite an Seite mit den Sozialdemokraten, das ökologische Heil von etatistisch-zentralistischen Verbots- und Kontrollsystemen und neuen zusätzlichen Steuern.

Guy Berger zeichnet anhand der französischen Entwicklung diese interessanten Überlappungen zwischen den Liberalen, die deregulieren und privatisieren wollen, und der «*deuxième gauche*» (Jacques Juillard), die als «*partisans de l'autogestion*» den Staat durch «*conventions entre les individus et les groupes privés*» substituieren oder gar ersetzen möchten. Der Begriff «Zivilgesellschaft» könnte zwischen diesen beiden Strömungen zu einem zukunftssträchtigen «Treffpunkt» und «Kernpunkt» werden. Voraussetzung dafür wäre allerdings, dass man sowohl die Übereinstimmungen als auch die Diskrepanzen jenseits aller ideengeschichtlichen Mentalitätsunterschiede und trotz sehr unterschiedlicher Terminologien zum Thema machen würde.

Begriffsverwirrung rund um das Soziale

Die unvoreingenommene Auseinandersetzung über die Rolle des Staates und über

«Weniger Staat»
war auch ein
Postulat der
Anarcho-Linken,
welche aus
dem Staat
Gurkensalat
machen
wollten.

Der Begriff
«Zivilgesellschaft» könnte
zwischen
diesen beiden
Strömungen
zu einem
zukunfts-
trächtigen
«Treffpunkt»
und «Kernpunkt»
werden.

die Abgrenzung von Nationalstaat und Zivilgesellschaft ist heute durch eine Schwierigkeit blockiert, die u. a. auch terminologischer Natur ist. Das Problem liegt beim vieldeutigen Begriff «Gesellschaft» und beim Adjektiv «sozial», das oft voreilig mit «sozialistisch» gleichgesetzt wird. Die klassische Dreiteilung des parteipolitischen Spektrums in «rechte Konservative», «mittlere Liberale» und «linke Sozialisten bzw. Sozialdemokraten» erschwert die Diskussion zwischen jenen «Flügeln», Gruppierungen und Individuen, welche sich durch dieses Schema gar nicht abbilden lassen. Wer von *Hegels* Trennung von Staat und Gesellschaft ausgeht, müsste zu einer andern Dreiteilung kommen.

Erstens gibt es die Totalitaristen verschiedenster Couleurs und Provenienz, welche eine Trennung von Staat und Gesellschaft grundsätzlich ablehnen. *Zweitens* gibt es die Etatisten, welche das Heil vom Staat (vom politischen System, das über ein Zwangsmonopol verfügt) erwarten, aber einen zivilgesellschaftlichen Restbereich tolerieren und *drittens* gibt es die Anti-Etatisten, welche das Heil von der Zivilgesellschaft erwarten, aber ein Minimum an politischen Strukturen doch für notwendig halten. Die Bezeichnung Anti-Etatisten ist unglücklich, da Begriffe, welche sich nur durch eine Negation charakterisieren, im ideengeschichtlichen Diskurs und im politischen Prozess ihre Schwächen haben. Unter den Anti-Etatisten wären möglicherweise zwei Subgruppen zu unterscheiden, die entweder an ein Primat des Wirtschaftlichen oder an ein Primat des Gesellschaftlichen glauben. Eigentlich müssten sich die Gesellschaftsbefürworter, d. h. jene, welche von einem «Primat der Gesellschaft» überzeugt sind, korrekterweise als «Sozialisten» bezeichnen. Dieser Begriff ist aber in der Ideen- und Parteiengeschichte bereits anderweitig «besetzt», und es schien in den achtziger Jahren, als wäre er ziemlich fest und definitiv in der Hand der wohlfahrtsstaatlich-interventionistischen Etatisten.

Bei *F. A. von Hayek* zieht sich der Ärger über die Begriffsverwirrung rund um den Begriff «sozial» und «soziale Gerechtigkeit» wie ein roter Faden durch das ganze Werk. *Hayek* ist als abgrundtiefer Skeptiker gegenüber dem interventionistischen und konstruktivistischen Etatismus der

eigentliche «Sozialist» im ursprünglichen Sinn, d.h. er glaubt an jene spontanen Prozesse, die sich über Jahrhunderte in der Gesellschaft (durch Lern-/Anpassungsprozesse und durch schrittweise und langsam gewandelte Traditionen) und nicht in politischen Systemen (durch Herrschaftsstrukturen und kollektiven Zwang) abspielen, er ist für das «Soziale» und nicht für das «Politische», das er lediglich als notwendiges Übel akzeptiert. Da die Begriffe «Gesellschaft» und «sozial» im 19. Jahrhundert zunächst zu bedeutungslosen und nachher zu sinnwidrigen «Hüllen» geworden sind, weicht Hayek auf die wenig gebräuchlichen und schwer übersetzbaren Begriffe «*spontaneous order*» und «*extended order*» aus, nicht ohne Wut über die verlorengegangenen bzw. gestohlenen Begriffe «Gesellschaft» und «sozial». Hayek schreibt im Zusammenhang mit dem Begriff «sozial»: *«In einer solchen Situation, in der wir alle ein Wort verwenden, das nur verdunkelt und nicht aufhellt, das eine Antwort vortäuscht, wo wir tatsächlich keine haben und, noch schlimmer, nur zur blossen Camouflage von Wünschen verwendet wird, die mit gemeinsamen Interessen gewiss nichts zu tun haben, ist es offenbar hoch an der Zeit für eine radikale Operation, die uns vor dem verwirrenden Einfluss einer solchen magischen Beschwörungsformel befreit»³.*

Heterogene Befürworter

Vieles deutet darauf hin, dass die Beliebtheit des Begriffs «Zivilgesellschaft» bei den klassischen Liberalen auf der Hoffnung beruht, man könne damit jenen ursprünglichen staatskeptischen Gesellschaftsbegriff neu beleben und ihn zum Synonym für die politisch wenig attraktive und auch nicht konsequent abgeleitete Hayeksche Terminologie verwenden. Auch die Sprache hat ihre «spontane Ordnung», und sie entwickelt sich im Wechsel parteipolitischer Koalitionen, welche sympathiegeladene Worte mit dem jeweils zusagenden Sinn verknüpfen wollen. Aus philosophischer Sicht mag man dies bedauern, aus politologischer Sicht ist es eine notwendige Begleiterscheinung der Konsensbildung in Demokratien, welche auf immer wieder neue adaptionsfähige Mehrheiten angewiesen sind. Dass ungeklärte, unscharfe Terminologien im politischen Dis-

Auch die
Sprache hat
ihre «spontane
Ordnung» und
sie entwickelt
sich im Wechsel
parteipolitischer
Koalitionen,
welche sympathie-
geladene
Worte mit dem
jeweils
zusagenden Sinn
verknüpfen
wollen.

kurs auch eminente Vorteile haben können, tritt hier einmal mehr deutlich in Erscheinung.

Seit Tony Blairs «*New Labour*» und seit der Begriffsumkehr, welche in den USA bezüglich «liberal» (wohl definitiv unter der Clinton-Administration) stattgefunden hat, ist wieder etwas Bewegung in diese terminologische Konfusion geraten. Man hat meines Erachtens Blair zu Unrecht des Etikettenschwindels bezichtigt und ihn etwas voreilig als direkten Nachfolger und Vollstrecker eines gemässigten und geläuterten Thatcherismus gesehen. Auf dem Hintergrund der staatskeptischen Wurzel der Neuen Linken kann man ihn auch in dieser Tradition als pragmatischen Umsetzer von Modellen der «*auto-gestion*», der Selbstorganisation deuten, selbstverständlich in Verknüpfung mit jener typischen Abneigung gegen alle in Frankreich und Deutschland grassierenden ideologischen Spiegelfechtereien, die dem britischen Pragmatismus und Empirismus fern liegen.

Guy Berger entdeckt neben den neoliberalen und den anarcho-linken Befürwortern des Begriffs «Zivilgesellschaft» noch eine weitere Anhängerschaft: die katholischen Traditionalisten, welche sowohl den materialistischen Sozialismus als auch den auf diesseitigen Fortschritt fixierten Liberalismus (mit seinen Erscheinungsformen als «Industrialismus» und als Kapitalismus) radikal in Frage stellen, und die auf Kirche und Familie ausgerichtete Wertegemeinschaft am ehesten in einer auf gemeinsamen Glaubensinhalten und Traditionen abgestützte «Zivilgesellschaft» verwirklicht sehen. (Eine gewisse Nähe zur Vorstellungswelt des Agnostikers Hayek ist hier trotz aller Unterschiede unverkennbar.)

Weitere Facetten: Milizprinzip, NGOs, Sponsoring

Drei weitere Fragenkomplexe werden in der an die französische Begriffsgeschichte und an französische Gesellschaftsstrukturen anknüpfenden Artikelfolge von Guy Berger nicht angesprochen, die alle noch weitere Facetten des schillernden Begriffs «Zivilgesellschaft» zeigen könnten, weitere Spielarten der Definition und zusätzliche Verbreiterungen des Konsensspektrums. Sie harren noch einer vergleichbaren gründlichen Analyse. *Erstens*: Eine Auf-

³ Was ist und was heisst «sozial»? in: Albert Hunold (Hrsg.) *Masse und Demokratie*, Zürich 1957, S. 71–85.

gabe, welche möglicherweise in der Schweiz zu lösen wäre, ist die Abklärung, wie das anti-arbeitsteilige Milizprinzip, vor allem im Bereich der Politik, des Sozialwesens und der Kultur mit dem Phänomen «Zivilgesellschaft» zusammenhängt. Was ist hier «Staat» und was «Gesellschaft»? Geht die Trennung etwa mitten durch Individuen hindurch, die temporär in einen und in andern Subsystem agieren und reagieren, einmal als *bourgeois* und Privatperson und einmal als *citoyen* und Mitbestimmer der Politik, einmal als sozial oder kulturell engagierte Hilfeleister und Förderer, einmal als sinnsuchende *Charity*-Aktivisten oder als beziehungsknüpfende Auftragsakquisiteure und Personalrekrutierer? Stellen die polyvalenten Milizler und die Vereins- und Clubaktivisten die These von der Trennbarkeit von Staat und Gesellschaft allein schon durch die Tatsache, dass es sie gibt, wieder in Frage?

Zweitens: Einer weiteren Klärung bedürfen auch die sogenannten NGOs und NPOs, die *Non-Governmental* und *Non-Profit Organizations*. (Beispiele: Rotes Kreuz, Amnesty International, Jüdischer Weltkongress, World Wildlife Fund, Greenpeace). Möglicherweise bilden solche Organisationen neue Kristallisationspunkte der Zivilgesellschaft, welche sich in den Bereichen des Nicht-Staats, des Noch-nicht-Staats und des Nicht-mehr-Staats ansiedeln, als Alternative zur politischen Organisation, als Vorläufer politischer Grosssysteme oder als Nachfolger nationalstaatlicher Strukturen.

Drittens: Ein wichtiger Fragenkomplex ist die Abgrenzung von wirtschaftlichen, kulturellen und – gebrauchen wir das unschöne Modewort mangels eines besseren –, «sozio-kulturellen» Aktivitäten vom Bereich der klassischen Staatsaufgaben. Sponsoring, Mäzenatentum und ökonomische Investition überlappen sich hier

Möglicherweise
bilden NGOs
und NPOs neue
Kristallisations-
bereiche der
Zivilgesellschaft,
welche sich
in den
Bereichen
des Nicht-Staats,
des Noch-
nicht-Staats
und des Nicht-
mehr-Staats
ansiedeln.

mit Aufgaben, welche auch vom Staat subventioniert werden, weil er zunehmend an der Produktion von «Brot und Spielen» interessiert ist. Staatskultur und Staats-sport werden von vielen theoretisch abgelehnt, aber praktisch vorangetrieben (selbst prominente Mitglieder der traditionellen staatskeptischen Liberalen Partei der Schweiz unterstützten vehement den Einsatz von Bundesmitteln für den Ausbau grosser Fussballstadien, und die hohe Subventionierung von Opernhäusern ist selbst für radikale «Weniger Staat»-Anhänger eine «gute Sache!»). Wo bleibt hier die Trennung von «Staat» und «Zivilgesellschaft»?

Verfehlt Resignation

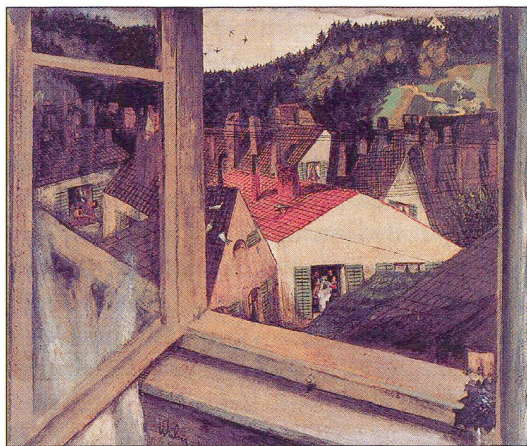
Die Schlussbilanz in *Guy Bergers* Essay bestätigt die hier eingangs aufgestellte Vermutung: Der Begriff «Zivilgesellschaft» ist nicht *trotz*, sondern *dank* seiner Vieldeutigkeit so beliebt geworden. Der an kartesischer Klarheit geschulte Franzose kommt in seiner Artikelfolge meines Erachtens unnötigerweise zu einem etwas resignierten Fazit: Der Begriff «*société civile*» sei ein «*passe-partout*», ein Deckblatt, das auf alle Bilder passt, welche man einrahmen will, ein Schlüssel, der viele verschiedene Schlösser öffnet. *Berger* schliesst mit einer Frage: «Kann eine solche unverhoffte Übereinstimmung mehr bedeuten als ein gefälliges Missverständnis?» Ja, sie kann es. In einer Zeit zunehmender Konsensknappheit haben terminologische Gemeinplätze die Funktion von Treffpunkten, bei denen man wichtige Fragen gemeinsam klären kann, auch wenn dabei letztlich oft nicht mehr herauschaut als ein «*agreement to disagree*». Aber dies ist gegenüber dem polemischen «Kampf aller gegen alle» schon ein riesiger Schritt in Richtung Zivilisation. ♦

Selbst wenn wir einen Berg spalten und durchbohren, wird er von uns als Ganzes nicht begriffen.

Henry D. Thoreau, *Walden*, 1854, dt. Übers. von Siegfried Lang, Zürich 1943, S. 382.

RENAISSANCE DER ZIVILGESELLSCHAFT

Privatheit und Öffentlichkeit im Widerstreit: Karl Walsers Fensterblicke



Karl Walser, *Blick aus dem Fenster* (1900),
Öl auf Karton,
Gottfried Keller-Stiftung,
Museum Neuhaus, Biel

Heute spricht man kaum noch vom Maler Karl Walser. Das literarische Werk seines Bruders Robert hingegen ist seit rund zwei Jahrzehnten wieder in aller Munde – nicht nur im deutschsprachigen Raum ist es wiederentdeckt worden, sondern auch in Italien, Frankreich und Spanien wurden seine Romane und kleinen Prosastücke in den letzten Jahren in Windeseile übersetzt. Zu Beginn dieses Jahr-

hunderts, als die beiden Brüder in Berlin lebten, war das anders. Die Regisseure der Berliner Theater, allen voran Max Reinhardt, rissen sich um Karl, dessen Bühnenbilder – ein Novum – vom Publikum beklatscht wurden. Wohlhabende Berliner, unter ihnen Walter Rathenau, liessen sich die Decken und Wände ihrer Villen am Wannensee und im Grunewald ausmalen oder bestellten Zeichnungen und Gemälde. Derweil sass Robert in seiner Mansarde und schrieb mässig erfolgreiche Bücher. Dass die Brüder weitaus mehr gemein hatten, als es den Anschein hatte – der Bruch in den zwanziger Jahren hatte den Blick auf das Verbindende immer wieder verstellt – wurde erst 1990 von Bernhard Echte und Andreas Müller («Die Brüder Karl und Robert Walser, Maler und Dichter», Rothenhäusler Verlag, Stäfa) dargestellt. Deutlich wurde einem breiteren Publikum zum ersten Mal die Kongenialität, mit der Karl Roberts Bücher illustrierte und Robert zu Karls Bildern Texte schrieb. Zwei Themen werden sichtbar, die eng miteinander verknüpft sind: Das Spannungsverhältnis zwischen Privatheit und Öffentlichkeit, jenes die Existenz zerreissende Gefühl mithin, auf Distanz zu der Welt da draussen gehen zu müssen und dennoch ihrer zu bedürfen, um überhaupt malen und schreiben zu können. Karl wurde damit besser fertig als Robert: «Einen Erfolgsmenschen» nannte ihn Robert einmal halb verächtlich, halb bewundernd. Mit einer häufig wiederkehrenden, aber gleichbleibenden Bildsprache inszeniert Karl Fensterblicke: aus der Privatheit in den öffentlichen Raum und nicht selten wieder zurück in die Privatheit der anderen. Das Titelbild «Blick aus dem Fenster» ist dabei von besonderer Transparenz: In der Prosa «Leben eines Malers», die 1916 in der «Neuen Rundschau» zum ersten Mal erschien, erzählt Robert mit Blick auf dieses Bild: «(...). Ein weiteres Bild (...) ist das breite Fenster mit Aussicht auf die alten freundlichen Dächer der Stadt. Telegraphendrähte gehen fein und zart durch

die klare Luft. Aus einem Guckfensterchen guckt ein neugieriger Kopf heraus, vielleicht ein armer Dachstübendichter, der nach Freiheit und dichterischem Ruhm und nach schönen Frauen sich so aufrichtig sehnt, wie nur er selber. In einem Zimmer sieht man eine Gesellschaft von Leuten beieinandersitzen. Einer spielt in die abendliche Welt hinaus auf der Mandoline. Über den Hausdächern steht der Frühlingsberg, mit Tannen-, Apfel- und grünen Buchenstücken und süsser lieber Waldwiese, worauf ein Berghaus steht. Wieder sind hier Schwalben in der gelinde säuselnden Luft, und auf dem Fensterbrett von des Malerzimmers Fenster steht ein Glas mit Veilchen (...)»

Einsamkeit, die Sehnsucht «zu der Gesellschaft von Leuten» zu gehören, und es (noch) nicht zu können, spricht aus diesem Bild. Die Bewunderung gilt aber auch dem Künstler, der seinen Part in der Gesellschaft gefunden hat und selbstbewusst seinen Gesang der Welt zu hören gibt. Opfer gar der Regeln, welche die Gesellschaft geschaffen hat, wird der Maler in dem Bild «Mein Heimatstädtchen im Frühling». Das Haus, aus dessen Fenster er auf eine atemberaubend schöne Frühlingslandschaft schaut, steht zum Verkauf: In wenigen Monaten wird er sein ärmliches Zimmer darin verlassen müssen. Später, 1907 – Karl ist längst ein anerkannter Maler – übermannt auch ihn der Wunsch, sich zurückzuziehen, nur noch nach den eigenen Bedürfnissen wie ein Eremit zu leben («Eremit»). Damit trifft er ganz Roberts Stimmungslage, wie dessen Kurzprosa «Der Einsiedler» zeigt. – Ein Jahr später illustriert Karl dann zum ersten Mal Gedichte von Robert. Für dessen Klage, als armer Kommiss «Im Bureau» nachts unter Aufsicht seines Prinzipals sitzen zu müssen, findet Karl die zu erwartende ikonographische Übersetzung: Nur erscheint jetzt das «Draussen» als heimelig: Sternklar ist die Nacht, Vertrauen flossen der Mond und die hell erleuchteten Fenster der Nachbarhäuser ein. Doch dazwischen befindet sich die trennende Fensterscheibe. Verzweiflung strahlt dagegen Karls Illustration zu Roberts Gedicht «Nicht?» aus. Im Tiefschlaf findet der auf dem Canapé liegende junge Mann Trost, zwischen ihm und dem öffentlichen Leben befindet sich dieses Mal kein Fenster, sondern eine schwere, verschlossene Tür, hinter der die Bedrohung zu vermuten ist. – Wie erstarrt sitzen und stehen dagegen die Dichterfreunde an einem kalten Wintertag – der Blick aus dem Fenster verrät: Es schneit – in der Wohnung. Die Textsprache des Prosastücks «Sechs kleine Geschichten» wird hermetischer, abweisender, die Bildsprache folgt ihr darin – und wird enigmatischer. Kein Augenzwinkern, keine Ironie. Was sich hier vollzieht, sind erste Szenarien von Roberts Ausstieg aus der Gesellschaft.

MICHAEL WIRTH

Georg Kohler,

geboren 1945, studierte in Basel und Zürich.

Während 10 Jahren in Wien als freier Publizist und in der Geschäftsleitung eines Familienunternehmens tätig, von 1992–1994 als Professor am Geschwister-Scholl-Institut der Universität München. Seit 1994 Ordinarius in Zürich.

POLITIKMÜDIGKEIT IN DER ZIVILGESELLSCHAFT

Der neue Kapitalismus und die Zukunft der Demokratie

Am Ende des 20. Jahrhunderts ist Politik für die meisten Menschen eine Angelegenheit minderen Ranges. Für die meisten Menschen? – Jedenfalls für die, die in den stabilen Gesellschaften der Nordwelt zu den oberen zwei Dritteln gehören. Und für die anderen? – Für sie erst recht. Denn sie erwarten von der Politik noch weniger als diejenigen, die immerhin etwas zu verlieren haben.

Politik gibt es zwar immer und irgendwie. Aber im wesentlichen ist sie inzwischen weltweiter Stofflieferant für *Infotainment*. So lautet, auf den allgemeinsten Nenner gebracht, das Urteil (oder Vorurteil) der sogenannten «Bürger» und «Bürgerinnen». Wenn ich im folgenden von «Politikskepsis», «-müdigkeit», «-misstrauen» und «-verdrossenheit» rede, dann meine ich diese Gemütslage. Mein Essay ist ein Versuch über die Hypothese, dass das letzte Jahrzehnt des Jahrhunderts in auffälliger und charakteristischer Weise vom Phänomen der Politikmüdigkeit gekennzeichnet ist.

Denn das unterscheidet diese Periode durchaus von der Epoche der Die-Politik-ist-das-Schicksal-Stimmung von 1910–1945 und von der Zeit des kalten Krieges zwischen 1948 und 1989, die zugleich die Jahre der westeuropäischen Wohlfahrtsstaatsentfaltung waren, und, nicht zuletzt, der Utopie-Renaissancen im Gefolge von 68. All dies ist seit 1990 vorbei. Nun dominiert Politikmüdigkeit das gegenwärtige Bewusstsein. Und was ab Mitte der Neunziger unter dem Stichwort der «Globalisierung» diskutiert wird, liefert den Politikmüden sogleich die gültige Rechtfertigung ihrer Desinvoltura; die fortschreitende Entmächtigung des Politischen durch Ökonomie und technologische Zivilisation macht Politik objektiv uninteressant.

Die Frage nach dem Sinn von Politik findet traditionellerweise zwei grundsätzliche Antworten: Politik ist zentriert um das Problem der Herrschaftsbegründung und -erhaltung bzw. Politik hat die Herstellung einer gerechten Gesellschaftsordnung zur Aufgabe. Den zwei Antworten

entspricht je ein eigenständiger Ansatz, die praktisch-politische Frage in allgemeinsten Bedeutung (= «Was sollen wir tun, um am besten miteinander leben zu können?») zu spezifizieren. Nämlich durch «Wie ist *law & order* unter Bedingungen der Ungleichheit möglich?» bzw. durch «Welches sind die Kriterien, die eine ungerechte Herrschaftsstruktur (= *law & order I*) von der richtigen und gerechten Rechtsfriedensordnung (= *law & order II*) unterscheiden?» Die beiden Möglichkeiten, die Frage nach dem Sinn von Politik in Form einer spezifizierten Problemstellung zu beantworten, markieren zugleich den Gegensatz zwischen dem limitativ-systemtheoretischen Ansatz und dem konstruktiv-normativen Projekt der Politischen Philosophie.

Man begreife die Vorgänge ohnehin nicht, die wir die «politischen» nennen, wenn man die Systemlogiken nicht durchschaue, durch die sie gesteuert und limitiert werden. Nicht auf die Personen komme es am Ende an, sondern auf die anonymen Zwänge («Imperative») der jeweiligen sozialen Kontexte, die – als in sich geschlossenen Ganzheiten – jedes andere als ihr eigengesetzliches Operieren buchstäblich ausschliessen, d.h. aus dem Kreis des in ihrem Rahmen als sinnvoll erscheinenden Tuns aussperren müssten. Das ist die radikal limitatorische These über das Politische, und sie ist nicht nur die These *Luhmanns*¹.

Während «Politikmüdigkeit» in der einen Konzeption als unvermeidliches, vielleicht sogar stabilisierendes und prinzipiell kompensierbares Resultat der systemisch ausdifferenzierten Gesellschaft erscheint, erschüttert sie in der anderen geradewegs das

¹ Zu denken ist, um drei Namen zu nennen, an John Rawls Politischen Liberalismus, an Jürgen Habermas' Diskurstheorie des demokratischen Rechtsstaates, an Otfried Höffes Konzept Politischer Tauschgerechtigkeit.

Fundament des zugrundeliegenden Ansatzes. Denn ihre Existenz hat Implikationen, die unverhohlen die Tauglichkeit und Realitätstüchtigkeit des normativen Paradigmas im Ganzen attackieren: Ist es denn nicht von vornherein illusorisch, erstens überhaupt und zweitens erst recht unter den Voraussetzungen der Gegenwartsmodeerne zu überlegen, ob ein «*öffentliches, lebensweltlich zentriertes Bewusstsein*» (Jürgen Habermas) die in Subsysteme zerspaltene Wirklichkeit noch umspannen kann?

Die anspruchsvoll normative Position und ihre nach wie vor behauptbare Aktualität bildet darum den Anlass, das Thema «Politikmüdigkeit» unter zwei sehr prinzipiellen Aspekten zu behandeln. Nämlich zunächst unter dem *anthropologischen Aspekt*, den Francis Fukujama vor einigen Jahren in die Diskussion eingebracht hat, und unter dem *zeitdiagnostisch-kulturanalytischen Blickwinkel*, den Richard Sennett jüngst zur Geltung brachte². Dabei geht es durchaus um zentrale Elemente jener Basisannahmen, die unseren Reden von «Demokratie», «Volksouveränität», «Bürgergesellschaft» usw. den scheinbar selbstverständlichen Boden liefern.

Fukujamas frohe Botschaft

Ist «Demokratie» eine anthropologische Notwendigkeit? Den empirischen Erfolg und die argumentative Überzeugungskraft der Demokratie führt Fukujama auf deren optimale Fähigkeit zurück, den zwei Primärfaktoren zu genügen, die nach ihm die soziale Evolution steuern. Nämlich einerseits die wissenschaftlich-technische Rationalität und andererseits das genuin menschliche Bedürfnis nach Selbstachtung und Respektiertwerden durch die anderen, d.h. der prinzipielle Anspruch der Menschen auf die Gleichheit der Person und auf die Gerechtigkeit ihrer Behandlung. Entscheidend für den beobachtbaren Sieg der Demokratie sei ihre Möglichkeit, die zwei Faktoren zu integrieren. Das zeige sich vor allem unter dem Druck beschleunigten sozialen Wandels, der mit der zunächst von Technik, Industrialisierung und Ökonomie geprägten Zivilisation der Moderne einsetze.

Wenn das stimmt, dann liefern Fukujamas Beobachtungen einerseits gute und starke Argumente für die normativ-

In der Tat
existieren
genügend
aktuelle
Gegenwartstendenzen,
um ein
auf sozialen
Ausgleich und
gesellschaftliche
Mitgestaltung
erpichtetes
Bewusstsein
zu alarmieren.
Aber nichts
dergleichen
geschieht.

konstruktive politische Philosophie, die darauf beharrt, das soziale Gefüge unter anspruchsvollen Gerechtigkeitsprämissen und in voller Breite zu thematisieren, andererseits verschärfen sie noch einmal das Problem der «Politikmüdigkeit». Denn in der Tat existieren genügend aktuelle Gegenwartstendenzen, um ein auf sozialen Ausgleich und gesellschaftliche Mitgestaltung erpichtetes Bewusstsein zu alarmieren. Aber nichts dergleichen geschieht. Stattdessen nimmt eine Entwicklung ihren nahezu ungebremsten Fortgang, die sich ohne weiteres als Rückzug der Individuen auf ihre individuelle Anpassungskapazitäten, als progressive Desolidarisierung und als kollektive Resignation vor der offenbar unwiderstehlichen Eigenlogik des ökonomischen Systems interpretieren lässt. Solange die Institutionen des Politischen wenigstens *law & order*, regelmässige Wahlrituale und minimale persönliche Überlebenssicherheiten zu gewähren in der Lage sind, bleibt ihre Legitimität unangetastet.

Muss man daraus nicht den Schluss ziehen, dass demokratische Gleichheit und gemeinschaftliche Selbstgestaltung weniger einen fundierten anthropologischen Anspruch als einen notwendigen ideologischen Schein darstellen, einen Schleier der Ohnmacht, der die Menschen besänftigt, damit sie friedlich akzeptieren, was ohnehin nicht zu zügeln ist?

Sennetts Analyse des «neuen Kapitalismus»

Richard Sennett fokussiert seine Wirkungsanalyse der vom *shareholder value*, den Möglichkeiten der modernen Technologie und globaler Marktkonkurrenz diktierten nordamerikanischen Arbeitswelt im Hinblick auf das Selbstverständnis des einzelnen. «The Corrosion of Character» (dt.: «Der flexible Mensch») untersucht nicht die internen Zwänge des Kapitalprozesses, beschreibt keine Mechanik des Klassenkampfes und auch die *working poor* sind nicht sein Gegenstand. Sennett behandelt die Bewusstseinsprägung, die zuallererst die «Gewinner» unter dem Regime des neuen Kapitalismus annehmen müssen, wenn sie sich behaupten wollen. «Ein nachgiebiges Ich, eine Collage aus Fragmenten, die sich ständig immer neuen Erfahrungen öffnet – das sind die psychologischen

² Francis Fukujama, *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?* (dt.), Kindler Verlag, München 1992, Richard Sennett, *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus* (dt.), Berlin Verlag, Berlin 1998; der Originaltitel lautet: *The Corrosion of Character*.

Bedingungen, die der kurzfristigen, ungesicherten Arbeitserfahrung, flexiblen Institutionen, ständigen Risiken entsprechen.» (182) «The Corrosion», die Zersetzung des Charakters, ist die Konsequenz und die Kondition optimaler Einstellung zum System der postindustriell flexibilisierten Marktwirtschaft. Denn «Charakter» meint ja seit Horaz die Art, wie wir uns langfristig gesehen sozial und emotional verhalten. Ob treu und konstant in der Beziehung zu unseren Idealen und Mitmenschen, verpflichtungsbereit und verantwortungswillig – oder eben nicht. Solche Loyalitäten zu entwickeln, an langfristigen Zielen festzuhalten, das ist das Zeichen von «Charakter», und genau das kann man sich im Rahmen einer ganz auf das Kurzfristige ausgerichteten Ökonomie bloss um den Preis des Misserfolgs leisten. Oder dann, wenn man, trotz Einsatz, Können und Anpassungsbereitschaft, schliesslich doch gescheitert ist.

Es entsteht ein Dilemma zwischen beweglicher Anpassung und dem Wunsch nach Selbstachtung, die sich der von zuverlässigen Bindungen getragenen Anerkennung durch seinesgleichen verdankt. Die Lösung des Dilemmas erfolgt nicht selten in einer neuen Erzählung der eigenen Biographie, die die Menschen als Subjekte ihrer Existenz rehabilitiert, indem sie deren Handeln mit einer vorbehaltlos nüchternen Einschätzung der aktuellen Arbeitswelt verknüpft. Sennet beobachtet das an den «Verlierern», in seinem Fall bei entlassenen IBM-Ingenieuren: Die Ausgemusterten haben die Wirklichkeiten des neuen Kapitalismus akzeptiert und gerade dadurch eine Einstellung gewonnen, die sie vor völliger Resignation oder vor selbstzerstörerischer Wut bewahrt. Sie verzichten auf Anklagen gegen die Bosse und auf Fundamentalkritik am herrschenden Wirtschaftssystem. Und sie verzichten auf unmittelbares politisches Engagement.

Die Schumpeter-Demokratie

Es liegt auf der Hand, dass im Zeitalter von *shareholder value* und Globalisierung die Welt, die vom Stil äusserster Reaktionsfähigkeit auf die kurzfristig ändernden Bedürfnisse der Ökonomie dominiert wird, anspruchsvollen Idealen des normativen Lagers der politischen Philosophie

«Charakter» kann
man sich im
Rahmen einer
ganz auf das
Kurzfristige
ausgerichteten
Ökonomie bloss
um den Preis des
Misserfolgs
leisten.

nicht zuarbeitet. Ganz im Gegenteil: Eine derartig geprägte Welt durchkreuzt diese Ideale, wo immer man hinblickt. Sie bestraft jeden, der sich stärker als gerade nötig mit irgendeiner Sache, einem Unternehmen, einer öffentlichen Institution, einer Ethik, einer allgemeinen Wertvorstellung identifiziert. Sie entwertet das Tun der Politik und das System, das es trägt. Was soll der parlamentarische Kampf um nationalstaatlich gesetzte Rechte und Schranken, wenn die wirklich Mächtigen ohnehin global ubiquitär agieren? Schliesslich fragmentiert sie das Bewusstsein der Menschen, indem sie diese zu exklusiver Konzentration auf das momentan Vorliegende zwingt. So ist man stets nur der oder die, womit man sich im Augenblick befasst.

Die Welt des neuen Kapitalismus ist kein guter Ort für die Leitideen eines republikanisch-zivilgesellschaftlichen Konzeptes von Politik; *bonum commune*, Bürgertreue, öffentliches Engagement sind Dinge, die hier sehr veraltet wirken. Entsprechend erscheint die Zukunft der Demokratie. Gewiss nicht *Rousseaus* Bild einer kleinen, kollektiv sich selbst gestaltenden Polis-Einheit erscheint ihr angemessen, aber leider auch nicht der diskurstheoretisch modernisierte Entwurf einer nationalstaatlich verfassten, Volkssouveränität und liberale Freiheitsrechte zwanglos integrierenden Republik, den *Jürgen Habermas* noch 1992 in «Faktizität und Geltung» so überzeugend präsentieren konnte. Passend hingegen klingen die bekannten Beschreibungen *Josef Schumpeters*³: «Die demokratische Methode (Herrschaft zu begründen) ist diejenige Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittelt eines Konkurrenzkampfes um die Stimmen des Volkes erwerben.» (428) Und weiter: «Die Demokratie ist die Herrschaft des Politikers.» Ergo: Politik ist ein Raum für Karrieren; wer ihn betritt, hat sich nach seinen systematischen Vorgaben zu richten, um sein Karrierestreben zu erfüllen. Und das heisst zuerst – wieder gewählt zu werden. Diesem Ziel wird alles untergeordnet, die grundlegenden Interessen der Gesellschaft; die Prinzipien, auf die man sich einmal berufen hat; die jeweiligen Wahlversprechungen usw.

³ Josef A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* (dt.), Bern 1950. Vgl. v.a. Kap. 21 und 22.

Diese Form der Politik und des Politischen erlaubt den Nicht-Politikern im Namen optimalen Selbstmanagements die zeitsparende Delegation der Probleme an die Spezialisten. Sie entlastet von der Wahrnehmung persönlicher Machtlosigkeit durch die Rituale der Kandidatenkür. Sie sorgt mit den Mitteln der Konsumentenfreiheit für die gelegentliche Erneuerung des Angebots bei Programm und Personal. Und vor allem stabilisiert sie das Funktionieren der anderen, nach jeweiliger Eigenlogik ablaufenden sozialen Systeme (Markt, Wissenschaft, Recht), indem sie alle Probleme des Politischen auf die im Rahmen der besonderen Selbstorganisation und eigenen Autopoiesis des spezifischen Systems gestellten Fragen reduziert.

Das *Schumpeter*-Konzept von Demokratie und Politik, das sich, wie eben angedeutet, ohne weiteres ins systemtheoretische Modell *Luhmanns* verlängern lässt, verbindet nicht nur unseren Anfangsbefund der «Politikmüdigkeit» mit *Sennetts* Diagnosen; in erster Linie vermittelt es das Thema «Politikmüdigkeit» mit *Fukujamas* Beobachtungen über den evolutionären Trend zur Demokratie. In der Tat benötigt eine von der Dynamik des neuen Kapitalismus bestimmte gesellschaftliche Entwicklung eine Form des Politischen, die *law & order* garantiert, indem sie nicht nur disfunktionale Gerechtigkeitserwartungen durch ihre eigene Operationslogik absorbiert und unschädlich macht, sondern zugleich den flexibilisierten, aus allen überkommenen Bindungen freigesetzten Individuen ermöglicht, sich als solcher-massen «Freie und Gleiche» nebeneinander zu stellen und gegeneinander zu behaupten. *One man, one vote* oder: Alle sind gleich-gültig.

Der leise Sarkasmus, der in die letzten Bemerkungen eingeflossen ist, sollte nicht falsch verstanden werden. Natürlich ist eine *Schumpeter*-Demokratie immer noch besser als gar keine Demokratie; natürlich ist eine Berufspolitiker-Konkurrenz um Wählerstimmen besser als der Machtwettbewerb zwischen söldnergestützten *Warlords*: Selbstverständlich ziehe auch ich eine pluralistische Parteienherrschaft der Gerechtigkeitsdiktatur eines Mullah-Regimes vor usw. Aber solche Urteile liefern lediglich die halbe Wahrheit. Aus guten Gründen besteht kein Anlass zur Zufrie-

Menschen
benötigen neben
den Spielräumen
moderner
Individualität
auch die
Erfahrungen von
Gemeinschaft-
lichkeit.

denheit mit dieser Form von Demokratie. Wichtiger noch: Eben weil sie – normativ betrachtet – eine schwache Version darstellt, menschlichen Anerkennungs- und Selbstachtungswünschen gerecht zu werden, ist diese Gestalt der Demokratie, auch machtlogisch betrachtet, instabil. Aus Demokratien, die von ihren Bürgern in gar keiner Weise um der in ihrem Namen beschworenen Ideale willen – Selbstbestimmung, Gerechtigkeit und Solidarität – geschätzt und, wenn es nötig ist, auch geschützt werden, entstehen rasch autoritäre und tyrannische Regimes.

Die andere Seite: Legitimationsverlust und Gerechtigkeitsperspektive

Menschen benötigen neben den Spielräumen moderner Individualität auch die Erfahrungen von Gemeinschaftlichkeit, um ihr Leben «gut» zu finden zu können. Gemeinschaftlichkeit ist ohne ein Minimum



Karl Walser, ohne Titel. (Illustration zu Robert Walsers Prosa «Sechs kleine Geschichten»).

Zu dieser Zeit nämlich suchte ein Freund unseres Dichters den Dichter in seinem Zimmer auf und fiel, wie er dasselbe betrat, in dieselbe schwermütige oder lächerliche Träumerei, in welcher der erste gefangen lag. Einige Zeit nachher widerfuhr einem dritten Verse- oder Romanschreiber, der kam, um nach seinem Freunde zu sehen, das gleiche Unglück, in welches nacheinander sechs Dichter fielen, die alle kamen, um sich nach dem Freunde zu erkundigen. Nun sitzen alle sieben in dem kleinen, dunklen, düsteren, unfreundlichen, kalten, kahlen Raum und draussen schneit es. Sie kleben an ihren Sitzen und werden wohl nie wieder eine Naturstudie machen. Sie sitzen und starren, und das freundliche Gelächter, welches diese Geschichte belohnt, ist nicht imstande, sie aus ihrem traurigen Bann zu erlösen. Gute Nacht.

Aus: Robert Walser, *Sechs kleine Geschichten*, in: *Sämtliche Werke*, Bd 2, herausgegeben von Jochen Greven, Suhrkamp, Frankfurt am Main 1985–1990.

an Sesshaftigkeit und beständiger persönlicher Reziprozität nicht möglich. Es ist dieser simple Tatbestand, den Sennett in Erinnerung ruft. Und es sind drei Konsequenzen, die aus ihm folgen: *Erstens* die Vermutung wachsender Legitimationsprobleme des neuen Kapitalismus; *zweitens* die Entdeckung des Doppelsinnes in Fukujamas Anerkennungs-These; *drittens* die vernünftige Verteidigung des normativen Projektes der politischen Philosophie.

Auf der allerletzten Seite seines Buches zieht Sennett selbst die erste Konsequenz: «Wer braucht mich? ist eine Frage, die der moderne Kapitalismus völlig zu negieren scheint. Das System strahlt Gleichgültigkeit aus. Ein Regime, das Menschen keinen tiefen Grund gibt, sich umeinander zu kümmern, kann seine Legitimität nicht lange aufrecht erhalten.» (201–203)

Die Legitimität, die hier auf dem Spiel steht, ist zuallererst diejenige des ökonomischen Systems, also des «neuen Kapitalismus». Gerade die Schumpeter-Demokratie, die so gut zum gegenwärtigen Wirtschaftsprozess zu passen scheint, kann zum Vehikel der Reaktion gegen das Diktat der Marktrationalität werden; eine Reaktion, die keineswegs vernünftiger sein muss als das, wogegen sie antritt. So oder so, eine gesellschaftliche Ordnung systematischer Zersetzung aller persönlichen Bindungen ist *à la longue* immer legitimitätsgefährdet; einfach deswegen, weil sie die Basis für Formen sozialer Integration und individueller Selbstkonstitution zerstört, die immer noch vorhandenen und so schnell nicht zu ändernden anthropologischen Grundbedürfnissen entsprechen.

Das Konzept der «Anerkennung», das Fukujama in diesen Zusammenhang einführt, ist allerdings ambivalent. In seiner schwachen Form korrespondiert es, wie gezeigt, ohne weiteres der marktliberal dominierten Schumpeter-Demokratie.

Eine ganz andere Form der Anerkennung bestimmt sich in und mit der Teilnahme am Spiel einer kollektiven Praxis, deren Regeln nicht fix und unveränderlich vorgegeben sind, sondern als das immer wieder neu sich bildende Resultat integrativ-kommunikativer Verständigung entstehen. Sie verlangt, um wirklich zu werden, von denen, die sie einander einräumen, den Einsatz praktischer Vernünftigkeit, d.h. ein Miteinander des Überle-

.....
 Eine
 gesellschaftliche
 Ordnung
 systematischer
 Zersetzung aller
 persönlichen
 Bindungen ist
 à la longue immer
 legitimitäts-
 gefährdet.

.....
 Gesellschaften
 beruhen auf
 Gründen, die
 ohne die
 Wirklichkeit
 starker Formen
 von gegenseitiger
 Achtung nicht
 möglich sind.

gens und gegenseitigen Ernstnehmens, das den jeweils anderen nicht lediglich als gleichgültig (gleich-gültig), sondern als den je besonderen auffasst, mit dem nur *zusammen* in einem unvorhersehbaren Erfahrungsprozess die Gemeinsamkeit eines Wir, der Aufbau geteilter normativer Ordnungen und die für jeden einleuchtenden Weltinterpretationen zu erreichen sind. Dass auch diese starke Form von Anerkennung zur Demokratie drängt, ist klar. Wie sie undemokratisch möglich sein soll, ist überhaupt nicht ersichtlich. Was mich mit *alter ego* in den Anerkennung stiftenden Kontakt bringt, ist ja die Sorge um die «gemeinsame Sache» (*res publica*) des Lebens in Verhältnissen wechselseitiger Abhängigkeit. Allerdings ist diejenige Gestalt von Demokratie, die zu dieser Anerkennung gehört, mit einer Schumpeter-Demokratie nicht ohne weiteres vereinbar. Denn, was die erstere verlangt, ist ein Primat praktischer Vernunft und kommunikativer Interaktion *vor und gegenüber* allen Systemlogiken. – Damit ist die dritte Konsequenz in den Blick gekommen: die Verteidigung des konstruktiv-normativen Projektes der politischen Philosophie.

Eine Gesellschaft, die «Menschen keinen tiefen Grund mehr gibt, sich umeinander zu kümmern», könne ihre Legitimität nicht lange aufrechterhalten, meint Sennett. Denn Gesellschaften beruhen auf Gründen, die ohne die Wirklichkeit starker Formen von gegenseitiger Achtung nicht möglich sind. Die stärkere Art von Demokratie ist eben allein dann gewährleistet, wenn die politisch-praktische Grundfrage «Was sollen wir tun, um imstande zu sein, gut und richtig miteinander zu leben?» mit dem prinzipiellen Anspruch gestellt werden kann, sich verhaltensbildend auf sämtliche Bereiche der sozialen Welt zu erstrecken. Im Licht der genannten Frage ist also das Politische nicht mehr ein Subsystem *neben* andern sozialen Systemen, sondern der Ort, in dem durch kommunikative Macht, Erfahrung und Vernunft *über die Grenzen und allgemeinen Berechtigungen* der anderen gesellschaftlichen Sphären wie des Markts entschieden wird. Natürlich ist das eine rabiate Vereinfachung. Aber ihre Pointe besteht nicht in der Annahme, die Logik des Marktes sei durch kommunikative Vernunft beliebig zu verändern, sondern lediglich in der Einsicht, dass auch

der Markt von Übereinkünften abhängt (z.B. über Inhalt und Reichweite dessen, was «Privateigentum» heisst), die als rechtefertigungsfähige und -bedürfnisse in eine Sphäre lebensweltlich-diskursiver Verständigung zurückweisen.

Die Aufgaben der konstruktiv-normativen Vernunft

Sennetts Diagnose über den drohenden Legitimationsverlust des neuen Kapitalismus legt zusammen mit der intersubjektivitätstheoretisch verschärften *Fukujama*-These die Vermutung nahe, dass wir über kurz oder lang nicht nur über die Möglichkeiten von Demokratie, sondern noch allgemeiner darüber nachzudenken haben, wie der Markt vom Raum des Politischen als solchen bestimmt wird – und nicht umgekehrt. Spätestens dann nämlich wird man soweit sein, wenn die sozialen Loyalitäten zerfallen sind, welche die derzeitige Dominanz des Ökonomischen noch immer ermöglichen. In diesem Fall werden die Gesellschaften des Westens mit einer Wiederkehr des Politischen zu rechnen haben, welche die liberale Freiheit der Märkte nicht weniger als die demokratische Freiheit gemeinschaftlicher Selbstbestimmung bedroht. «*Ein Jahrhundert des Autoritarismus ist keineswegs die unwahrscheinlichste Prognose für das 21. Jahrhundert*» lautet die vielzitierte Erwägung *Ralf Dahrendorfs*. Die gegenwärtige Situation ist auch in vielen Ländern der «Ersten Welt» nicht so stabil, wie die Freunde von der marktliberalen Seite glauben möchten. Wird der Wunsch nach befriedigenden Anerkennungsverhältnissen und nach der entsprechenden demokratischen Einflussnahme auf die kollektiven Lebensbedingungen systematisch negiert, sind sozialpathologische Reaktionen sehr wohl möglich. – «Politikmüdigkeit» wäre dann nur die Lethargie vor dem Schiffbruch gewesen.

Damit solches nicht geschieht, ist einig zu leisten: die reflexive Selbsttranszen-

.....

Die gegenwärtige
Situation
ist auch in
vielen Ländern
der «Ersten Welt»
nicht so stabil,
wie die Freunde
von der
marktliberalen
Seite glauben
möchten.

.....

.....

Was es also
braucht, ist die
Energie der
gerechtigkeits-
orientierten
praktischen
Vernunft.

.....

denz der diversen Systemlogiken bzw. ihrer Akteure (etwas, was es nach *Luhmann* gar nicht geben kann); die umfassende Einsicht, dass ein Zusammenbruch der noch bestehenden Balancen zwischen Markt und Politik, demokratischer Solidarität und ökonomischer Rationalität, territorialen Wir-Gefühlen und global entgrenzten Ich-Chancen allen schaden würde. Vor allem aber ist die Anstrengung der konstruktiv-normativen Vernunft gefordert. Denn das nicht mehr funktionierende Verhältnis von ökonomischem System und der lange Zeit unüberbietbar erscheinenden politischen Gestalt der Nationalstaatlichkeit verlangt «*neue Formen einer demokratischen Selbststeuerung der Gesellschaft*» (*Jürgen Habermas*). Derartige Institutionen transnationaler politischer Einheit haben sich herausgebildet, auf kontinentalem wie auf weltinnenpolitischem Niveau, doch ihre Belastbarkeit in Krisenlagen ist ebensowenig erprobt wie ihre demokratische Substanz schwach ist. Was es also braucht, ist die Energie der gerechtigkeitsorientierten praktischen Vernunft in allen drei Dimensionen der politischen Demokratie: *In der Dimension der grundlegenden Verfassungsstrukturen als Erfindungsgeist*: Der Transnationalstaat ist eine neuartige Institution, die neuartig konstruiert sein will. *In der Dimension der handlungsleitenden Willensbildung als kluge Fairnessbereitschaft*: Ohne Verzicht auf rationalegoistische Perspektiven ist transnationale Gemeinsamkeit nicht denkbar. *In der Dimension der zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit als Aufmerksamkeit und Verständigungsinteresse*: Wo vermittelnde kulturelle Selbstverständlichkeiten (wie bei weltinnenpolitischen oder grossregionalen Zusammenhängen) rar sind, sind explizite Anteilnahme und problembewusste Auseinandersetzung die wichtigsten Verbindungen. – Für «Politikmüdigkeit» ist an der Jahrhundertchwelle also durchaus nicht die Zeit. Weder was die Theorie noch was die Praxis betrifft. ♦

DIE KRITISCHE FUNKTION DER ZIVILGESELLSCHAFT

Die Zivilgesellschaft hat in der heutigen Welt eine zentrale, zunehmende Funktion. In den westlichen Demokratien steht sie in einer dialektischen Beziehung zu den politischen Institutionen, welche der Ausübung politischer Macht dienen.

Der Begriff «Zivilgesellschaft» ist zwar geläufig, er bedarf aber einer Klärung und Präzisierung, wenn man der Gefahr von Missverständnissen aller Art entgegenwirken will. Die Politik ist die Kunst des Regierens. Unter Politik versteht man aber auch den Wettstreit um das Erlangen und Halten von Macht. Bei diesem Wettstreit geht es nicht nur um materielle Interessen, sondern auch um Ideen und Werturteile und auch um Emotionen. Wie im Bereich der Ökonomie, lassen sich Angebot und Nachfrage nicht von der Gefühlsebene abkoppeln, aber es geht stets um «das, was dazwischen liegt», um Inter-esse im weiteren Sinn.

Ökonomische Analyse der Politik

Aus diesem Grund ist die ökonomische Deutung der Politik einleuchtend und zutreffend. Auch hier geht es um Angebot und Nachfrage. Nachfrager sind die Bürger, die bei Wahlen und Abstimmungen bestimmte Interessen, die oft in politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Gruppierungen organisiert sind, vertreten und ihre vielfältigen Forderungen im Bereich der Sicherheit, der Beschäftigung, der Gesundheit, aber auch in rein technischen Fragen, wie etwa die Asphaltierung eines Strassenstücks, an die Anbieter, die Exponenten des politischen Systems, herantragen. Die Frage, inwiefern das politische System für die grosse Zahl von Problemlösungen, die auf dem politischen Markt nachgefragt werden, überhaupt zuständig sei, soll hier offen bleiben.

Der mit der Nachfrage konfrontierte politische Akteur offeriert seine Lösungen, und im politischen Prozess kommt es, wie in jedem Markt, auch zur Preisbildung im Spannungsfeld von Angebot und Nachfrage. Was knapp ist, ist teuer, und darum hat im politischen Markt der politische Konsens die Funktion des Preises.

Die politischen Akteure, d.h. die Regierungsmitglieder, die Parlamentsmitglieder und die Kandida-

IL RUOLO DELLA SOCIETÀ CIVILE

Intendo parlare del ruolo della società civile nel mondo democratico occidentale contemporaneo. Ruolo da leggere e intendere quale rapporto dialettico con le «istituzioni» attraverso le quali si esprimono il potere politico, le strutture dello Stato.

È opportuno precisare i due termini di questo rapporto, vale a dire cosa si intenda per politica e rispettivamente per società civile, altrimenti l'analisi sarebbe non solo incompleta ma mancherebbe di un minimo di rigore. L'utilizzo di espressioni apparentemente comuni e troppo spesso ripetute senza che ci si dia la briga di chiarirne compiutamente il significato, è talvolta fonte di malintesi non solo semantici. Politica è l'arte del governare. Ma con politica si intende anche la competizione per raggiungere e detenere il potere politico.

Una competizione di interessi, interessi legittimi e democraticamente espressi, interessi anche ideali e che non sfuggono all'influenza dei giudizi di valore ed ai sentimenti (anche in economia i bisogni che formano la domanda nascono da sentimenti), ma pur sempre interessi.

La politica letta in chiave economica

Condivisibile e pertinente è la lettura della politica in chiave economica. La politica è un mercato nel quale si incontrano una domanda ed un'offerta. La domanda è quella dei cittadini, di associazioni rappresentanti interessi di categoria, di corporazioni, ecc., volta ad ottenere soluzione agli innumeri problemi della società, dalla sicurezza all'occupazione, alla sanità sino alla pavimentazione di un tratto di strada di un villaggio. (In questa sede ci asteniamo da ogni giudizio di merito sull'opportunità di rivolgersi alla politica e allo Stato per le soluzioni di alcuni dei problemi con i quali la società e quindi i cittadini si trovano confrontati).

L'operatore politico di fronte alla domanda offre le sue soluzioni, le politiche pubbliche, e chiede un prezzo come in ogni mercato. Nel mercato della politica il prezzo è il consenso politico.

Molto semplicemente l'operatore(trice) politico (membro di governo, parlamentare, candidato, uomo/donna di partito) chiede al cittadino quel con-

tinnen und Kandidaten, verlangen von ihren Wählerinnen und Wählern jene Zustimmung, die es ihnen erlaubt, an die politische Macht zu kommen bzw. diese weiterhin auszuüben. Die Logik dieses Geschäfts lautet folgendermassen: Du gibst mir Deine Stimme, welche mir zur Macht verhilft, und ich realisiere dafür jene Versprechungen, die ich im Wahlkampf offeriert habe. Damit wird das Selbstinteresse der Nachfrager stimuliert. Dieses Tauschgeschäft ist zwar etwas völlig Normales, es ist aber trotzdem nicht unproblematisch, denn es hat auf beiden Seiten, d.h. bei Beteiligten und Betroffenen, ein erhebliches Degenerationspotential.

Immerhin hat die ökonomische Analyse der Politik verschiedene positive Aspekte:

Zum *einen* gibt sie unverfälscht wieder, was die heutige Gesellschaft von der Politik hält und erwartet. Sie erscheint als Interessenkonflikt, der oftmals durch eine Rhetorik, an die kaum mehr jemand glaubt, verschleiert wird.

Zum *zweiten* wird Politik entmythologisiert, indem man sie von ihrem überhöhten Podest herunter-

*Politik erscheint als Interessenkonflikt,
der oftmals durch eine Rhetorik,
an die kaum mehr jemand
glaubt, verschleiert wird.*

holt. Sie kann sich nicht mehr als Schauspiel darstellen, bei dem «die Guten» zum Wettstreit antreten, um sich für die Allgemeinheit zu opfern, um damit «das Gemeinwohl» zu verwirklichen, eine Zielsetzung, von der übrigens kaum mehr jemand weiss, worin sie bestehen soll.

Ein *dritter* positiver Aspekt sei hier nur in der Möglichkeitsform angefügt. Eine ökonomische Betrachtungsweise der Politik könnte dazu führen, dass Vorurteile über das, was «gut» und «böse» ist, abgebaut werden, dass der Missbrauch der Gutgläubigen durch ideologische Appelle erschwert wird und dass die wahre Kompetenz auf der Anbieterseite sichtbarer zum Ausdruck kommt.

Zwei weitere Hinweise sollen diese kritischen Überlegungen zum Wesen der Politik vervollständigen:

Es darf nicht übersehen werden, dass selbst in der besten und direktesten aller Demokratien die politische Macht von einer kleinen Minderheit gehalten wird. Selbst wenn wir alle, die in der Schweiz politische Ämter bekleiden, sowie alle Parteifunktionäre mitrechnen, kommen wir nicht über zwei Prozent der Bevölkerung.

senso elettorale che gli permette di arrivare e/o mantenere il potere politico. La sua logica è: datemi il consenso che mi permette di avere il potere in modo che potrò attuare l'offerta politica (le soluzioni) promesse e che, aggiungiamo noi senza troppa malizia, vi avvantaggiano.

*Politica scontro di interessi
che si cerca talvolta di mascherare
con una retorica alla quale
nessuno ormai crede più.*

Su questo concetto di vantaggio – il ben noto voto di scambio – che si presta a possibili equivoci e a degenerazioni sarà opportuno tornare.

La lettura della politica in chiave economica presenta diversi aspetti positivi:

- Rappresenta con maggior aderenza quello che nella società contemporanea si pensa della politica: scontro di interessi che si cerca talvolta di mascherare con una retorica alla quale nessuno ormai crede più;
- smitizza la politica, facendola scendere da un fastullo e ormai consunto piedestallo, ponendo termine al teatrino dove i buoni fanno a gara per sacrificarsi per la comunità al fine di raggiungere un sempre più banalizzato bene comune;
- Dovrebbe, il condizionale è d'obbligo, permettere di privilegiare la competenza nei confronti dei pregiudizi, delle divisioni tra buoni e cattivi, degli alibi forniti dalle ideologie e dai fideismi.

Due ulteriori constatazioni ci permettono di meglio completare il nostro pensiero.

*La società civile e
l'associazione di protezione
dei consumatori dei prodotti
(soluzioni) politici.*

Innanzitutto non dobbiamo dimenticare che anche nella migliore delle democrazie il potere politico è detenuto da una piccola minoranza. Se contassimo tutti coloro che rivestono cariche politiche in Svizzera, dai Consiglieri Federali ai membri del più piccolo consiglio comunale, e aggiungessimo anche dirigenti e funzionari di partito non arriveremmo al due per cento della popolazione.

Macht korrumpiert

Nicht nur diese relativ kleine Zahl der Machtträger ist ein Problem. Macht ist schwer zu kontrollieren. Wer Macht hat, ist korrumpierbar. Gemeint ist hier nicht in erster Linie die plumpste Form finanzieller Bestechung. Es gibt subtilere Formen eigener Vorteilswahrung und der Bewirtschaftung von «Interessenbündeln». Man kann eigene Fehler vertuschen, eigene Verdienste in ein besseres Licht rücken und Freunde bevorzugen – alles innerhalb des rechtlich Zulässigen.

Nach dieser kritischen Analyse politischer Prozesse auf dem ökonomischen Hintergrund von Angebot und Nachfrage stellt sich die Frage, welche Funktion die Zivilgesellschaft in diesem Kräftespiel hat. Auf die Gefahr hin, übermässig zu vereinfachen, umschreibe ich die Zivilgesellschaft als einen Zusammenschluss der Politik-Konsumenten, eine Art Konsumentenschutzverein, der gegenüber den Politik-Produzenten eine kritische Funktion wahrnimmt.

Das Interesse des politischen Systems, die Zivilgesellschaft zu integrieren und ihre Funktionen bei der politischen Zentrale oder bei Zweigstellen anzusiedeln, um damit jene Dialektik, welche die eigene Macht beschränken würde, zu vermeiden, wird somit verständlich. In einer Gesellschaft, in welcher es der politischen Macht gelungen ist, die Zivilgesellschaft zu inkorporieren, hat das politische System eine monopolistische oder oligopolistische Stellung erlangt, die kaum mehr jemand wirksam herausfordern kann.

Unregierbarkeit, Aufgaben- und Ausgabenexplosion

Aus dieser Sicht wird deutlich, wie wichtig es ist, dass eine Zivilgesellschaft existiert, welche eine vom politischen System unabhängige Rolle wahrnimmt. Je mehr die Politik in eine Krise gerät und das Phänomen der «Unregierbarkeit» hervortritt, desto wichtiger wird eine funktionierende Zivilgesellschaft. Die Politologen führen für die Legitimitätskrise des politischen Systems verschiedene Gründe an. Sie sollen hier im einzelnen nicht analysiert werden. Es seien lediglich einige Ursachen erwähnt, welche diese Krise herbeigeführt haben. In erster Linie ist das ungebremste Wachstum der Staatsaufgaben und -ausgaben zu erwähnen. Der Staat hat sich im Lauf dieses Jahrhunderts mit Aufgaben belastet, die ursprünglich privatautonom gelöst worden sind. Die Politiker haben sich nicht dagegen gewehrt, im Gegenteil, sie haben alles übernommen und an sich gerissen, was ihre Bedeutung und ihren Einfluss in der Gesellschaft steigerte, und zwar bei allen Parteien. Parteien sind als Teilhaber am politischen Machtkartell Nutznießer jeder Zunahme an staatlichen Kompetenzen.

Il potere corrompe

Inoltre va ricordato che il potere corrompe. Non si allude qui all'espressione più squallida e turpe della corruzione. Si pensa all'inclinazione naturale e sempre maggiore di chi è al potere di fare quanto possibile e per le vie più brevi per imporre le proprie idee, nascondere i propri errori, valorizzare il proprio operato, premiare la fedeltà degli amici anche se per vie giuridicamente ineccepibili.

Passiamo ora alla società civile. Sia pure correndo il rischio di banalizzare l'argomento la definiremmo come l'associazione di protezione dei consumatori dei prodotti (soluzioni) politici.

Comprensibile quindi l'interesse del potere politico di accentrare in se stesso o in sue ramificazioni anche le funzioni ed il ruolo della società civile, cercando di evitare mediazioni che concorrono a limitare l'azione del potere. Staremmo per dire che in una società nella quale il potere politico è riuscito ad as-

*Tale atteggiamento ha fragilizzato
il senso di appartenenza ai partiti
pronti a sostenere istanze
addirittura contraddittorie con
il proprio indirizzo politico.*

sorbire la società civile esso può operare in regime di monopolio o di oligopolio con altri pochi contendenti e aspiranti al potere (i poteri forti).

Ingovernabilità – Esplosione di compiti e spese

L'attualità della lettura che stiamo riecheggiando in queste righe e la necessità di una società civile che assuma pienamente il suo ruolo, vengono ulteriormente accentuate dalla crisi odierna della politica, con conseguente scadimento dell'autorità e con il fenomeno della «ingovernabilità». Diverse nelle analisi effettuate dai politologi le ragioni che starebbero all'origine di tale crisi. L'esame completo di tali ragioni supera gli scopi di quanto stiamo qui dicendo. Non possiamo però dimenticare una di queste cause. L'ipertrofia raggiunta dagli Stati con il continuo assumersi compiti e l'invasione del settore privato. Che questo sviluppo sia stato voluto e gradito dal potere politico, che in tal modo aumentava la sua importanza nella ed il suo influsso sulla società, e che tale indirizzo non sia stato sostanzialmente contestato da nessuno partito, i partiti essendo divenuti complici del potere e indirettamente beneficiari dell'aumento

Wenn die Politologen von Unregierbarkeit sprechen, so denken sie an die Unmöglichkeit, den wachsenden Erwartungen der Bürger an ihren Staat (die schneller wachsen als die Möglichkeiten ihrer Finanzierung) gerecht zu werden. Diese wachsenden Erwartungen sind – und das ist das Paradoxe am ganzen Prozess – meist nicht einmal auf der «Konsumenten-seite» entstanden, sondern durch die politischen Machttäger als Versprechungen herangezöchtet und herbeigeredet worden, um sich auf diese Weise die Gunst und den Konsens der Wähler zu sichern.

Die Frustrationen und der Bruch im Vertrauensverhältnis erreichen dann den Schmerzpunkt, wenn die Regierungen durch die Umstände (d. h. durch Finanzengpässe) gezwungen sind, eine andere, härtere Gangart einzuschalten. Dann können sie jene Erwartungen, die sie ja selbst nie bekämpft und meist sogar selbst geweckt haben, nicht mehr erfüllen.

Die Parteien, die ihrerseits krampfhaft versuchen, Wähleranteile (und damit auch Machtanteile) zu vergrössern, werden so zu einer Art «Gruppierungen für alles», die, wie der deutsche Politologe *Claus Offe* gezeigt hat, dem *Catch-all*-Prinzip huldigen. Sie werden daher, um ein gutes Wahlergebnis zu erzielen, ein gefährliches Spiel mit kurzfristigen Interessen treiben und sich immer häufiger mit den auf dem Politmarkt jeweils Meistbietenden verbinden. Diese opportunistische Haltung unterminiert das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Partei, denn niemand fühlt sich gegenüber einer Gruppierung loyal, in welcher die Verantwortlichen die gemeinsamen Ideen und Prinzipien preisgeben, um sich den Wahlerfolg zu sichern, der seinerseits mit der Begünstigung einzelner Gruppen und mit dem Versprechen von Privilegien erkaufte wird.

Krise der herkömmlichen Partei- und Interessenpolitik

Auf diesem Hintergrund werden die jüngsten Wahlergebnisse in Schweizer Kantonen plausibel. Die alles absorbierenden Parteien der Mitte werden von Parteien überrundet, die Profil zeigen und durch leicht verständliche Programme eine persönliche Identifikation ermöglichen, und die den Kompromiss als eine spätere Phase der politischen Entscheidungsbildung betrachten und nicht als programmatische Verpflichtung.

Die Logik der Macht mag gelegentlich kurzfristig und unreflektiert sein, aber sie ist leicht verständlich. Je grösser die Interventionsmacht des politischen Systems in das Leben der Bürger ist, desto grösser werden die Möglichkeiten, dem Bürger Dienstleistungen und Unterstützungen anzubieten, die ihm als Individuum oder als korporatives Kollektiv Vorteile bringen und ihm das Gefühl vermitteln, Nutzniesser zu sein, ohne die Kosten tragen zu müssen.

ed allargamento delle competenze statali, non deve certo essere dimostrato.

I politologi parlano di ingovernabilità, intesa come l'impossibilità del potere di far fronte alle aspettative crescenti dei cittadini. Con un giuoco perverso queste aspettative sono state spesso suggerite dagli stessi governi nel desiderio di assicurarsi i favori e consensi elettorali.

Le frustrazioni e la rottura del rapporto di fiducia allorché i governi sono poi stati obbligati dalle circostanze ad applicare politiche diverse, più dure, a non soddisfare aspettative talvolta irrealistiche ma alle quali non si erano opposti, ed il cui nascere anzi era stato favorito, sono immaginabili.

I partiti dal canto loro spasmodicamente alla ricerca dell'allargamento dei consensi elettorali si sono trasformati in partiti «*piglia tutto*», (se non erro *Claus Offe* per primo ha coniato tale espressione). Partiti pronti a sostenere ogni istanza che potesse avere un impatto a breve termine sul risultato elettorale prestandosi ad un pericoloso giuoco di «*sur enchères*». Tale atteggiamento ha fragilizzato il senso di appartenenza ai partiti pronti a sostenere istanze addirittura contraddittorie con il proprio indirizzo politico. L'insuccesso e la frustrazione hanno pesantemente inciso non solo sul rapporto di fiducia ma anche sulla lealtà dell'adesione.

La crisi dei partiti tradizionali e della politica degli interessi particolaristi

Viene da chiedersi se determinati recenti risultati elettorali nei cantoni in Svizzera non siano di più facile comprensione se inseriti nell'ambito di una

*E' quindi nell'interesse di tutti che
la società civile con la sua presenza
si opponga ai tentativi egemonici e alle
degenerazioni della politica.*

simile chiave di lettura. Lo scontro tra i partiti «*piglia tutto*» e partiti maggiormente determinati nel proporre istanze più facilmente intelligibili e caratterizzabili nell'interesse preciso delle aspirazioni del proprio elettorato, partiti quest'ultimi che considerano il compromesso una successiva fase di mediazione politica e non un impegno programmatico.

Comunque la logica del potere potrà essere miope o per sino irresponsabile ma è di facile comprensione. Infatti tanto maggiore è l'interferenza del potere politico (stato) nella vita dei cittadini, tanto maggiori

Bei diesem Vorgehen haben die politischen Machtträger ein leichtes Spiel, weil entweder der Preis für solche Interventionen im Dunkeln gelassen wird, indem man Transparenz vermeidet, (wie etwa bei der Mutterschaftsversicherung und bei den Monopolen der Energiewirtschaft), oder weil einzelne zwar generell verhältnismässig wenig belastet werden, dafür aber einige wenige erheblich profitieren.

In diesem Spiel, bei dem jeder die Hand in die Tasche des Andern steckt, sind wir alle im einen Fall Gewinner und im andern Verlierer, alles in allem sind wir aber alle Verlierer, weil der Staatsapparat sich als Verteiler und Umverteiler immer grössere Anteile abzweigt und damit der Produktivität entzieht.

Unabhängig davon, ob sie diese oder jene Spielart der Politik für richtig und effizient halten, spüren wohl die meisten, dass wir in einem gefährlichen Fahrwasser sind, in welchem der soziale Zusammenhalt und das Gleichgewicht nicht mehr gewährleistet sind.

Mit dieser Kritik an den politischen Mechanismen der Umverteilungsdemokratie soll nicht etwa die Abschaffung des Staates postuliert werden. Jene fundamental libertären Vorstellungen sind abzulehnen, die davon ausgehen, dass eine Gesellschaft ganz ohne politische Strukturen existieren könne. Immerhin ermöglicht uns der Rechtsstaat, die latente Bereitschaft zur Gewalt in Schach zu halten und persönliche Freiräume zu schützen. Das Verhältnis von Schutz und Intervention und der Kompetenzverteilung muss jedoch ausgewogener sein, und das Gleichgewicht ist durch die fortlaufende Anmassung neuer Aufgaben, die mit den vorhandenen Mitteln nicht befriedigend erfüllbar sind, massiv gestört. Es liegt somit im Interesse aller, wenn sich die Zivilgesellschaft gegen die hegemonialen Absichten des politischen Systems stemmt und einer Degeneration der Politik entgegenwirkt, welche zur intervenierenden Verteilung von Privilegien zu Lasten Dritter verkommt. Die sozialen Errungenschaften unserer Zivilisation mit ihrer Sensibilität für die sozial Schwächeren werden von Seiten der Zivilgesellschaft nicht in Frage gestellt, und sie sollen auch in Zukunft ungeschmälert erhalten bleiben. Es geht lediglich darum, für die Zivilgesellschaft jene Bereiche des Sozialen und Privaten zurückzufordern, welche sich das politische System angemasst hat, damit sich dieses seinerseits wieder effizienter und transparenter um seine eigenen Zuständigkeiten kümmern kann.

Komplexität als Chance

Die Zivilgesellschaft ist ein komplexes Gebilde. Sie spiegelt die Wirklichkeit der heutigen Gesellschaft und Wirtschaft, die nicht mehr durch pyramidenförmige Hierarchien, sondern durch pluralistische Netzwerke bestimmt wird. Sie besteht aus vielfälti-

sono le possibilità di offrire al cittadino prestazioni, soluzioni, interventi (anche corporativi) offrendo vantaggi a questa o quella categoria, convincendo il destinatario di essere un beneficiario che non sopporta costi.

Così facendo il potere ha buon giuoco o mantenendo occulto (per mancanza di trasparenza) il prezzo del suo intervento (vedi proposta assicurazione maternità e monopolio dell'energia) o perché lo suddivide su molti o tutti i cittadini che pagano individualmente relativamente poco quello che viene distribuito in modo concentrato su pochi. Quest'ultimi se ne rendono conto per il maggior impatto di ciò che ricevono e si sentono debitori dello Stato che li gratifica. In questo giuoco beffardamente siamo tutti alternativamente perdenti e vincenti e quindi in conclusione tutti perdenti.

Indipendentemente da giudizi di merito sull'opportunità e validità di questa o quella politica, in senso assoluto non v'è chi non si renda conto che tale sviluppo rischia oltretutto di rompere e forse ha già rotto i delicati equilibri che assicurano la coesione sociale.

Non si vuole certo con ciò postulare l'abolizione dello Stato. Contrariamente a qualche scuola di pensiero estremamente libertaria non si vede come la società possa fare meno di strutture presso le quali fra l'altro depositare la nostra violenza per bandirla dai rapporti personali. Ma è nell'interesse di questo stesso Stato che gli equilibri vengano mantenuti e che non gli si permetta di arrogarsi in continuazione compiti che non sarà in grado di svolgere in modo soddisfacente, non fosse che per le immense dimensioni che vanno assumendo. E' quindi nell'interesse di tutti che la società civile con la sua presenza si opponga ai tentativi egemonici e alle degenerazioni della politica. Questo il suo ruolo. Ciò non va per nulla inteso come smantellamento di conquiste sociali, che sono l'espressione del nostro livello di civiltà e sensibilità, ma come necessità che la società si riappropri di spazi che le competono e che può gestire in modo più trasparente ed efficiente.

La complessità quale opportunità

La società civile nella sua complessa articolazione corrisponde molto bene alla realtà della società e dell'economia odierna non più caratterizzata da centri e da proiezioni piramidale ma da reti.

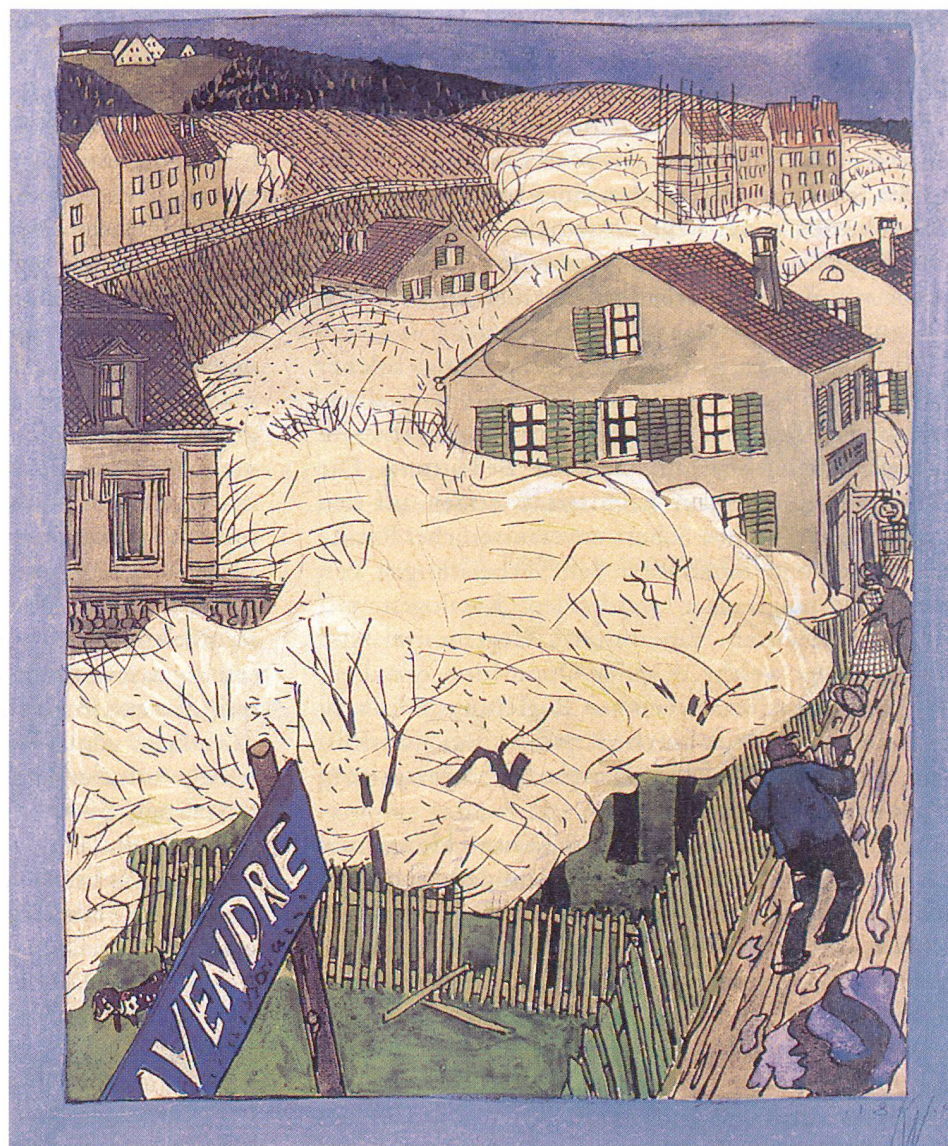
Essa stessa è una rete estremamente pluralista, articolata, talvolta con umori contraddittori e interessi contrastanti. La sua complessità non è che lo specchio della complessità della società contemporanea. Proprio tale complessità, frammentarietà, duttilità le permetteranno di esercitare a turno nei confronti del potere politico le funzioni di stimolo, di critica, di controllo e richiesta di trasparenza, persino

gen Vernetzungen, in denen sich auch gegensätzliche Befindlichkeiten und Interessen gegenüberstehen. Gerade diese Komplexität, Widersprüchlichkeit und Anpassungsfähigkeit erlauben ihr, gegenüber der politischen Macht abwechselnd die Rolle desjenigen anzunehmen, der anregt, kri-

*Wir sind aber
alle Verlierer,
weil der
Staatsapparat
sich als
Verteiler und
Umverteiler
immer grössere
Anteile abzweigt
und damit der
Produktivität
entzieht.*

tisiert, kontrolliert und Transparenz fordert. Sie kann auch jene öffentliche Meinung beeinflussen, welche von den Politikern als massgebend betrachtet wird.

Die Zivilgesellschaft hat aufgrund ihrer Komplexität auch eine grosse Immunität gegenüber den Pressionen von korporatistischen Interessen. Den organisierten und durch Lobbies finanzierten Berufspolitikern stehen heute in der Zivilgesellschaft zunehmend besser ausgebildete und gut informierte Bürgerinnen und Bürger gegenüber, welche die herkömmliche Politik immer kritischer unter die Lupe nehmen. So verbessern sich die Chancen, den sozialen Zusammenhalt durch höhere Transparenz und durch ein im pluralistischen Umfeld rationales Argumentieren zu erhöhen, statt ihn durch einen Wettbewerb um «Vorteilsgewährung zu Lasten Dritter» zu schwächen.



«Mein Heimatstädtchen im Frühling» (1899), Feder mit Tusche und Gouache, 30x24 cm, Robert Walser-Archiv, Zürich.

Das Land war so schön, die Natur so reich, das Leben so arm, die Welt so rätselhaft, der Mensch stritt mit dem Künstler, welcher von beiden grössere Rechte habe, der Künstler sollte nur immer lernen und arbeiten, wo der Mensch doch auch Mensch sein und leben dürfen wollte. Ein Schmerz um die Kunst und um den Menschen stellte sich ein, woraus ein harter Kampf entstand. Bald war die Kunst verlassen und vernachlässigt, bald war es der Mensch. Der Künstler wies mit Zorn auf Palette und Pinsel und rief dem Manne zu: «Schaffe!», während der junge Mann dem drängenden Künstler zurief: «Wie kann ich atmen und schaffen, wenn ich nicht soll leben dürfen?»

Aus: Robert Walser, *Leben eines Malers*, in: *Die neue Rundschau*, 1916, Heft 1.

di influenzare l'opinione pubblica alla quale il politico presta orecchio.

Al vociare dei pochi ma meglio organizzati o che dispongono di maggiori mezzi, portatori spesso di interessi corporativi, si affianca la realtà di una società di cittadini più educati, più informati, più coscienti e speriamo meno distratti. E' la società civile, in tutte le sue espressioni di associazionismo, di volontarismo, di unioni occasionali sotto le bandiere delle istanze più varie, che con la sua dialettica ben compresa dallo stato creerà le premesse per una migliore coesione, per una migliore trasparenza e immediatezza.

Wer kontrolliert die Kontrolleure?

Wir stehen vor dem Problem, wie die Degenerationstendenz einer Politik gebrochen werden kann, die sich nach dem Muster des Markts verhält und bei der die Macht in den Händen einer Minderheit liegt, die – obwohl in der Regel innerhalb der demokratischen Legitimität – zu Vorgehensweisen neigt, immer «mehr von demselben» anzubieten und ihre «Klienten» zu Lasten anderer zu bevorzugen.

Als klassisches Mittel zur Vermeidung solcher Teufelskreise gilt seit *Montesquieu* die Gewaltentrennung. Auch der Föderalismus hat in diesem Zusammenhang eine zunehmende Bedeutung. Die Anhänger des liberalen Rechtsstaats setzen auf den verfassungsrechtlichen Schutz unveräußerlicher Rechte der Bürger und misstrauen den Verheissungen von immer umfangreicher werdenden Katalogen mit Staatskompetenzen. Ein weiteres Gegenmittel sind Wahlsysteme, welche es einer Opposition erlauben, glaubwürdige Alternativen zur Regierungspolitik zu formulieren und dadurch Kritik- und Kontrollbefugnisse auszuüben, was durch das Majorzprinzip zusätzlich begünstigt würde.

In Anbetracht der schnellen Entwicklung und Komplexität unserer Gesellschaft und der offensichtlichen Krise der Politik muss diese Liste von Möglichkeiten, Macht zu entgiften, ergänzt werden durch eine vitale, gut informierte und aktive Zivilgesellschaft.

Wer aber ist diese Zivilgesellschaft, wie setzt sie sich zusammen, und was ist darunter zu verstehen?

Versuch einer Definition

Der Begriff «Zivilgesellschaft» hat eine ehrwürdige Tradition, die von *Aristoteles* über *Thomas von Aquin*, *Hobbes*, *Locke*, *Rousseau*, *Hegel*, *Marx* bis *Popper* und *Hayek* reicht. Es ist daran zu erinnern, dass das Konzept der Zivilgesellschaft in jenen geschichtlichen Perioden an Aktualität gewann, in denen totalitäre Diktaturen die Zivilgesellschaft durch eine Staatspartei ersetzen wollten.

In Anknüpfung daran und mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen sei folgende Definition vorgeschlagen:

Die Zivilgesellschaft umfasst alle, die im Rahmen der Gesellschaft keine institutionelle Macht ausüben.

Diese Definition ist möglicherweise zu offen, und sie hat den Nachteil, dass sie die Zugehörigkeit negativ umschreibt. Dafür ist sie flexibel und erlaubt den Einbezug von Überlagerungen. Es ist nämlich durchaus möglich, dass gewisse Personen fallweise entweder den politischen Institutionen oder der Zivilgesellschaft zuzurechnen sind, etwa ein Gemeinderat einer kleinen Gemeinde, der dort, was die

Chi controlla i controllori?

A questo punto possiamo domandarci:

La politica essendo uno scontro di interessi, spiegabile in termini di mercato della politica, il potere essendo nelle mani di una minoranza, inclina, pur nell'ambito della legittimità democratica a ricorrere a pratiche che gli permettono di perpetuarsi – le famose politiche che «avvantaggiano» certi elettori, a scapito di altri o di tutti – come si possono evitare le degenerazioni?

Con l'equilibrio e ripartizione del potere, ci insegnano i classici (*Montesquieu* vale per tutti, senza dimenticare le soluzioni federaliste). Istituzionalmente ci dicono i costituzionalisti, specie quelli che si battono per costituzioni intese a proteggere i diritti inalienabili dei cittadini e non ad essere un sempre più ampio catalogo di competenze dello Stato. Con sistemi elettorali che permettano all'opposizione di essere forte e di poter aspirare al governo un giorno, e quindi tanto più interessata ad esercitare il suo potere di critica e controllo (sistemi maggioritari).

A questo elenco che non ha perso certo di importanza, oggi giorno, tenendo conto dello sviluppo e della complessità della nostra società e dell'evidente crisi della politica, va aggiunto: controllo anche grazie alla presenza e vivacità di una società civile informata e attiva.

Ma chi è, da chi è costituita, cosa si intende per società civile?

Alla ricerca di una definizione

Forse non è superfluo ricordare che nell'arco della storia, con accenti diversi, ne hanno parlato fra gli altri *Aristotele*, *Tommaso d'Aquino*, *Hobbes*, *Locke*, *Rousseau*, *Hegel*, *Marx*, *Popper* e *Hayek*. Ricordare pure che il concetto di società civile è riapparso al momento dei totalitarismi e delle dittature preoccupate evidentemente di assorbire e mortificare ogni espressione della società facendola passare tramite il partito unico.

Dovendo tentare una definizione diremmo:

La società civile sono tutti coloro che nell'ambito della società non hanno o rappresentano il potere e le sue istituzioni.

Questa definizione, che soffre di una certa genericità, diventa ancora più fluida e non esclude sovrapposizioni se si consideri che certi cittadini a seconda dei casi possono o non possono essere parte della società civile. Il consigliere comunale di un piccolo comune è esponente del potere per i fatti di casa sua, ma diviene a pieno titolo membro della società civile nell'ambito di problemi di politica nazionale.

Come opera questa vasta comunità dai confini fluidi e non facilmente determinabili? Forse la de-

Belange der Gemeinde betrifft, als Mitglied einer politischen Institution fungiert, der aber trotzdem als Mitglied der Zivilgesellschaft auftreten kann, wenn es um Probleme der nationalen und internationalen Politik geht.

Was ist nun das Wesen dieser offenen Gemeinschaft, deren Grenzen nicht leicht zu bestimmen sind? Die zutreffendste Umschreibung bietet wohl der von *Adam Smith* verwendete Begriff der «*unsichtbaren Hand*». Zahllose Bürger sind Gesprächspartner der Macht, mit unendlich vielen alltäglichen Handlungen, die bewusst oder unbewusst vollzogen werden, ohne dass man sich darüber im klaren ist, dass dies als Mitglied der Zivilgesellschaft erfolgt.

Trotz der Spontaneität, welche die Ausdrucksweisen der Zivilgesellschaft charakterisiert, dürfen zwei Gesichtspunkte nicht ausser acht gelassen werden, welche den Radius und die Qualität ihrer Aktionsfähigkeit beeinträchtigen können. Einmal fehlt in der Zivilgesellschaft weitgehend das Bewusstsein um den Stellenwert ihrer Funktion im Rahmen eines gesamten potentiellen Aktionsfeldes, das ja pluralistisch beeinflusst und wenig strukturiert ist. Diese Funktion nimmt an Bedeutung zu, da ja die Politik in einer Krise steckt und auf der Suche nach neuen Paradigmen und Ausdrucksweisen ist. Dies ist der Grund, warum weitsichtige politische Verantwortungsträger darum bemüht sein sollten, ihre Kom-

*Es ist für die Zivilgesellschaft
lebenswichtig, dass sie über
pluralistische Medien informiert wird.*

munikationskanäle zur Zivilgesellschaft auszubauen und optimal zu nutzen.

Weitere Herausforderungen

Wenn Kommunikation angesprochen ist, so stehen die Medien im Mittelpunkt, welche diesbezüglich sowohl positiv als auch negativ Einfluss nehmen können. Die Medien haben eine zentrale und unersetzbare Funktion, und es ist für die Zivilgesellschaft lebenswichtig, dass sie über pluralistische Medien informiert wird. Medien sollen durchaus auch gegenüber Strömungen in der Zivilgesellschaft kritisch sein und eine möglichst offene Diskussion ermöglichen, bei welcher Vorurteile durch Argumente ersetzt werden. Leider sehen sich aber viele Medienschaffende als einzige legitime Vertreter der Zivilgesellschaft und meinen, diese vollumfänglich zu repräsentieren, und sie leiten daraus eine Mission ab,

scrizione migliore può essere data usando la fortunata espressione di *Adam Smith* della *mano invisibile*. Numerosissimi cittadini con una miriade di atti quotidiani, consci o inconsci, il più delle volte non rendendosi conto di agire in quanto e quali membri della società civile, perseguendo i propri interessi, ideali e materiali, sostenendo istanze particolaristiche, agendo individualmente o nell'ambito di svariate articolazioni dell'associazionismo più diverso, si pongono quali interlocutori del potere.

*La società civile sono tutti
coloro che nell'ambito della società
non hanno o rappresentano il
potere e le sue istituzioni.*

Nonostante lo spontaneismo che caratterizza le espressioni della società civile non dobbiamo dimenticare due influssi che potrebbero compromettere pesantemente l'azione della stessa. Il fatto innanzitutto che la società civile non si renda assolutamente conto – sia pure nella sua azione estremamente pluralistica e non coordinata – del suo ruolo e delle sue possibilità. Di un ruolo ancora più necessario, addirittura esasperato dalla crisi della politica, forse anche lei alla ricerca di nuovi paradigmi e modi di espressione. Proprio nell'ambito di questa problematica una classe politica ed un potere lungimirante dovrebbero preoccuparsi di sviluppare al massimo i canali di comunicazione con la società civile.

Una sfida ulteriore

Parlando di comunicazione, quindi anche di media, accenniamo indirettamente all'altra possibilità di influsso che può a seconda dei casi essere positivo o

*I media possono svolgere
una funzione essenziale e difficilmente
sostituibile se con la sensibilità
necessaria e un pluralismo
effettivo.*

estremamente negativo. I media possono svolgere una funzione essenziale e difficilmente sostituibile se con la sensibilità necessaria e un pluralismo effettivo,

die öffentliche Meinung direkt willensbestimmend zu beeinflussen. Statt willensbildender Information wird deshalb oft unreflektiert Werbung für eine bevorzugte Lösung geboten. Indem die Medien versuchen, sich selbst das Mandat zu geben, als Zentrum der Zivilgesellschaft zu fungieren, und in ihrem Namen zu agieren und zu reagieren, folgen sie ebenfalls der Logik der Macht. Sie massen sich die Rolle an, alleinige Gesprächspartner der institutionellen Herrschaftsstrukturen zu sein und damit selbst zu einer starken Macht in einer real existierenden Gesellschaft zu werden. Diese Gefahr ist um so grösser, als sie durch monopolistische Privilegien verstärkt wird.

In dieser Konstellation ergibt sich für die Zivilgesellschaft eine zusätzliche anspruchsvolle Aufgabe. Sie hat auch eine kritische Funktion gegenüber der Macht der Medien wahrzunehmen. Kritik der politischen Macht einerseits und Kritik der Medienmacht andererseits, vor allem dort, wo sich Medienmacht mit politischer Macht verbündet.

Unsere Gesellschaft steht vor zwei grossen Herausforderungen, die Globalisierung der Information in elektronischen Netzen und die verantwortungsbewusste Weiterentwicklung der Biotechnologie. Das Individuum reagiert darauf ebenfalls mit zwei legitimen Anliegen. Es möchte informiert und einbezogen sein, um sowohl Mitwirkungs- als auch Kontrollmöglichkeiten gegenüber Dritten wahrnehmen zu können als auch die Bestimmung über das eigene Schicksal nicht aus der Hand zu geben – keine leichte Aufgabe angesichts der Kompliziertheit der Technologie und der Spezialisierung der Fachleute und der immer komplexer werdenden gesellschaftlichen Strukturen.

Es geht darum, dass die Zivilgesellschaft eine dialektische Funktion wahrnimmt gegenüber den organisierten institutionellen Mächten der Politik und auch gegenüber den Medien, d.h. um die Funktion der Aufklärung im Rahmen der Gesellschaft. Ziel ist die Wiedererlangung der Handlungsfreiheit in jenen Bereichen, welche in der alleinigen Verantwortung der Gesellschaft stehen, ein Brückenschlag zwischen den traditionellen Werten der Vergangenheit und den Chancen und Gefahren der Zivilisationsentwicklung. Aufgrund dieser Überlegungen ist die Annahme gerechtfertigt, dass die Zivilgesellschaft die Entwicklung der nächsten Jahrzehnte nachhaltig bestimmen wird. ♦

Autorisierte deutschsprachige Version des nebenstehend in italienischer Sprache verfassten Beitrags.

sapranno essere l'altoparlante della società civile. Un altoparlante anche critico nel commento a questa o quella iniziativa o atteggiamento della società civile ma genuinamente aperto e senza pregiudizi a livello di informazione. Purtroppo i media spesso cedono alla tentazione di voler e credere di essere la società civile, di voler influenzare l'opinione pubblica (e quindi la formazione della volontà della società civile) non dando gli elementi per un giudizio informato ma facendo propaganda per la soluzione preferita. Tentando di sostituirsi alla società civile o di esercitare una rappresentanza senza mandato, i media seguono pure una logica di potere. Quella di presentarsi come interlocutori diretti del potere e come uno dei poteri forti di una data società.

Ci appare dunque un'ulteriore faccia del ruolo della società civile nella sua funzione dialettica e critica nei confronti del potere, non solo politico, ma anche ad esempio della mediacrazia.

Nella prospettiva di una civiltà che si affaccia, quella dell'informazione e della biogenetica, forse il ruolo della società civile assume ancora più importanza anche quale ponte tra la partecipazione effettiva dell'individuo volta a delineare gli sviluppi futuri e tesa a non abdicare al controllo dei propri destini anche per nuove vie da un lato, e le irresistibili esigenze di competenze specialistiche e tecnocratiche per una società molto complessa dall'altro.

Ruolo dialettico con il potere, impegno per il riappropriarsi degli spazi che la società deve gestire in proprio, ponte per il passaggio a nuove forme di vita sociale e politica, aderenti ai valori e costumi di una nuova civiltà.

Legittimo ipotizzare dopo quanto detto che la società civile potrà marcare fortemente lo sviluppo dei prossimi decenni. ♦

TITO TETTAMANTI, geboren 1930, Dr. iur., Rechtsanwalt, war Mitglied der Regierung des Kantons Tessin. Er ist Gründer und Hauptaktionär der Fidiam Treuhandgesellschaft und international als Unternehmer im Immobilien- und Finanzsektor tätig. Ehrenpräsident der Saurer AG. Tito Tettamanti präsidiert den «Verein Bürgergesellschaft», tritt des öfteren als Teilnehmer an Konferenzen und Debatten auf und veröffentlicht Beiträge in Zeitungen und Fachzeitschriften. Er ist Autor der Bücher «Welches Europa?» (Zürich 1994, Ammann) und «Manifest für eine liberale Gesellschaft» (Zürich 1996, Ammann).

Alfredo Bernasconi, né en 1928, était secrétaire du Syndicat tessinois de l'industrie, de la construction et des services et rédacteur en chef de la Revue syndicale suisse. Membre de la présidence et de l'Association suisse et internationale des Syndicats des ouvriers dans l'industrie métallurgique. Aujourd'hui, il travaille comme journaliste libre à Bellinzone. Auteur de «L'évolution économique et le progrès social» et «20 ans de journalisme syndical».

A PROPOS DE: «SOCIÉTÉ CIVILE»

Réflexions sur le «rôle de la société civile»

1. La société civile est autant reconnaissable à travers les principes et les valeurs de la démocratie et de la république qu'à travers leurs applications et antinomies dans notre société contemporaine.

2. La notion de «démocratie» désigne le titulaire du pouvoir, celle de «république» (la chose publique) définit l'objet même de la société politique: le bien commun. La société, le marché, l'individu sont les constituants de la démocratie. L'état, l'école, l'intérêt général structurent la république.

3. Il y a antinomie entre démocratie et république, il y a divergence et convergence entre le pouvoir (les pouvoirs) de l'état et les exigences multiples de ceux qui vivent et agissent dans l'état de droit.

4. Le titulaire du pouvoir n'est pas le «peuple» mais des «agents» qui le représentent: nous vivons dans une «polycratie» qui se fait interprète de la démocratie.

5. Par «société civile» nous entendons l'ensemble des divers groupes de citoyens qui produisent les biens économiques et culturels dont bénéficie toute la société; qui portent la responsabilité de ces productions et qui se nourrissent d'intérêts et de libertés.

6. La «société civile» est donc une société culturelle distincte des pouvoirs en exercice, qui fait accroître d'une manière permanente les richesses matérielles et la qualité de la vie.

7. La société civile produit de par son existence et son dynamisme une «nouvelle» société civile. Son dynamisme, sa fonction et sa production sont entravés

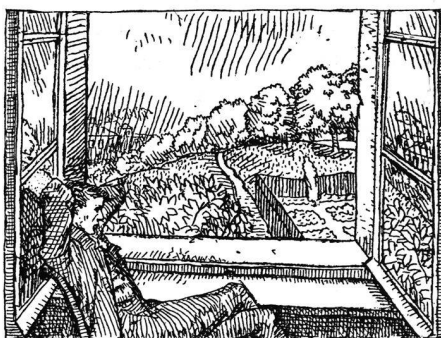
par les «pouvoirs» de l'état dans la mesure où ces pouvoirs sont rigides, surdimensionnés, incompetents, autoreproducteurs.

8. Quand la «polycratie» remplace la démocratie, cette «polycratie» est elle-même, sur le plan de la vie politique, un produit de la société civile. Le fonctionnement électoral peut impliquer un «échange» de voix contre un échange d'appuis et d'aides sociaux. La dimension croissante de la socialité (des prestations sociales), en contradiction radicale avec la croissance des revenus individuels, prouve non seulement la dimension menaçante et irréversible de la «providence» de l'Etat, mais aussi l'affaiblissement de la société civile dans sa fonction réductive vis-à-vis de la mégamachine de l'état. L'état crée des «clients» et se renforce en les créant.

9. La «société civile» qui, en se produisant, produit aussi son affaiblissement et sa dépendance face aux pouvoirs politiques, peut éviter ce risque en exigeant politiquement des alternatives majoritaires. C'est-à-dire l'exigence systématique du changement démocratique des majorités.

10. La société civile doit investir dans la libération politique et économique du plus grand nombre d'individus et les motiver à atteindre le plus haut niveau personnel d'indépendance et de responsabilité possible. Le «moins d'état» équivaut au «plus d'individu».

Le rôle de la société civile est indirectement proportionnel au rôle de l'état et directement proportionnel à la production de biens économiques et culturelles. ♦



Stunde

Die Stunde kommt, die Stunde geht;
in einer Stunde liegt so viel,
liegt der Gefühle Widerspiel,
liegt Sehnsucht, die wie Frühwind weht.
In einer Stunde spricht der Tag
sein Beten oder Fluchen aus,
und ich bin stets das arme Haus,
gefüllt mit Jubel oder Plag'.
In einer Stunde liegt die Welt
nichtsahnend, nichtsbegehrend so,
und ach, ich weiss nicht immer wo
sie ruht und schlummert, meine Welt.

Jörg N. Rappold,

geboren 1935 in Zürich, studierte an den Universitäten Zürich und Frankfurt, Promotion als Dr. iur. Seit 30 Jahren führt er eine eigene Anwaltspraxis in Zürich. Mitglied der freisinnigen Fraktion des Kantonsrats von 1989 bis 1999, Vizepräsident des Vereins Bürgergesellschaft.

DIE ZIVILGESELLSCHAFT ALS HORT DER SUBSIDIARITÄT

Erfahrungen und Anregungen auf Kantonsebene

Die Zivilgesellschaft, ein Begriff, den man mit guten Gründen synonym mit «Bürgergesellschaft» verwendet, ist nichts Abstraktes. Sie begegnet uns in vielfältigen traditionellen Formen, die sich immer wieder an neue Situationen anpassen. Als Mittel gegen das Staatsversagen können zivilgesellschaftliche Strukturen allerdings nur dann funktionieren, wenn sie als gleichberechtigte Partner neben die staatlichen Institutionen treten und jene Lücken füllen, welche bei der Deregulierung und Privatisierung entstehen.

Von Margaret Thatcher stammt der prägnante Satz *«There is no such thing as society»*, und wenn es so etwas wie «Gesellschaft» nicht geben sollte, wäre möglicherweise auch so etwas wie die Zivilgesellschaft inexistent. Die Realität der Gesellschaft und der Zivilgesellschaft zu leugnen ist aber unsinnig, und eine so realitätsbewusste Persönlichkeit wie die konservative Reformpolitikerin, die ja alles andere als konservativ umging mit dem britischen Wohlfahrtsstaat, kann dies unmöglich so gemeint haben. Besteht doch einer ihrer historischen Verdienste gerade darin, dass sie jene Grenze zwischen Wohlfahrtsstaat und Wirtschaft, die ihrerseits ja eine tragende Säule der Gesamtgesellschaft ist, zu Gunsten der Gesellschaft bzw. der Wirtschaft verschoben hat, nachdem der Trend vorher über mehr als ein Jahrhundert in Richtung *«mehr Staat»* lief. Eine Entwicklung, die sich bekanntlich weltweit als Sackgasse erwiesen hat und die Notwendigkeit der Privatisierung in den Mittelpunkt rückt. Privatisierung ist ja ihrem Wesen nach nichts anderes als die Rückführung staatlicher und staatswirtschaftlicher Institutionen in die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereiche, in denen ursprünglich die Probleme (auch ohne Staat!) gelöst worden sind.

Wenn es so etwas wie die Gesellschaft nicht geben würde, so würden die privatisierten Staatsaufgaben ins Nichts abgeschoben. Dies war im UK nicht der Fall, selbst wenn nicht behauptet werden kann, es seien dort alle Probleme bereits optimal gelöst. Die auch in der Schweiz geläufige und immer noch aktuelle Formel *«Weniger Staat»* ist mit einsichtigen Gründen mit dem Hinweis auf *«mehr Selbstverantwor-*

tung» ergänzt worden, denn wer «weniger» von etwas fordert, sollte redlicherweise auch die Frage beantworten, wer die Lücke füllt, die sich allenfalls infolge des «Weniger» öffnet. Diese Lücke gibt es für jene nicht, welche die Existenz einer Zivilgesellschaft wahrnehmen und deren Fähigkeit, Probleme zu lösen, anerkennen.

Zivilgesellschaft als Speicher und Sammelbecken

Die Gesellschaft umfasst die Gesamtheit der Gemeinsamkeiten in einer Menschengruppe, sie ist jener Ursprungsbereich, der sich in Teilbereiche wie Staat, Kirche, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Vertragsgemeinschaften ausdifferenziert. Sie ist Speicher und Sammelbecken zugleich. Ihre Existenz zu leugnen, käme einer Realitätsverweigerung gleich. Margaret Thatcher hat mit ihrem paradoxen Aphorismus aber zu Recht darauf aufmerksam gemacht, dass es «die» Gesellschaft als abstraktes Konstrukt nicht gibt, sondern nur konkrete, gewachsene gesellschaftliche Realitäten. Die Gesellschaft, welche alle Bereiche gemeinsamen Problemlösens umfasst, ist tatsächlich so vielfältig und komplex, dass sich darüber wenig Allgemeingültiges aussagen lässt. Sie umfasst auch die staatlichen Institutionen. Wer nun aus liberaler Sicht Wert darauf legt, den Staat gegenüber der Gesellschaft abzugrenzen, kommt schon aus logischen Gründen zu einem etwas eingeschränkteren Begriff, etwa nach der Formel: Gesamtgesellschaft minus Staat gleich Zivilgesellschaft. Die interessante Frage, ob die Zivilgesellschaft auch den ganzen Bereich der Wirtschaft miteinschliesst, oder ob die rein kommer-

ziellen Aktivitäten einen eigenen Bereich «Ökonomie» bilden, sei hier offen gelassen. Wer mit guten Gründen unter «Wirtschaft» mehr versteht als nur «Geld verdienen», wird diese Abgrenzung aber kaum definitiv vornehmen wollen.

Vielfältige Erscheinungsformen

Geht man von einer grossen Vielfalt staatlicher Organisationsformen aus, so wird man unschwer feststellen, dass es eine ähnliche Vielfalt auch im Bereich der Zivilgesellschaft geben muss. Auch diesbezüglich kann man *Margaret Thatcher* beipflichten. Die Zivilgesellschaft, als ein weltweit einheitlich definierbares Phänomen, gibt es wohl nicht.

Die britische Zivilgesellschaft hat andere typische Merkmale als die amerikanische und als die japanische, und die Frage, ob es etwa in fundamentalistisch religiösen Gesellschaften noch Raum gibt für zivilgesellschaftliche Strukturen, ist berechtigt. In einem so vielfältigen Gebilde wie der Schweiz kann man zu Recht die Existenz einer gesamtschweizerischen Zivilgesellschaft in Frage stellen. Entweder man zieht den Rahmen einer Zivilgesellschaft grösser und bezieht die ganze OECD-Welt ein, oder man sucht charakteristische Merkmale auf regionaler, kantonaler oder gar kommunaler Ebene, und letzteres ist das Anliegen dieses Beitrags.

Man kann es einem Kantonalpolitiker gewiss nicht verargen, wenn er im Zusammenhang mit dem Stichwort «Zivilgesellschaft» nicht primär an Bücher denkt, welche darüber gescheite Abhandlungen enthalten, sondern an den Kanton, in dem er als Milizparlamentarier politisierte. Was die Zivilgesellschaft leistet, was sie geleistet hat und was sie leisten könnte, erweist sich im politischen Alltag, der in der Schweiz stark geprägt ist von der Politik im kleineren Kreis der Gemeinden und des Kantons. Wichtig sind auch die Städte, denn keine Zivilgesellschaft kann auf jenen urbanen Geist verzichten, der unter Stadtbürgern entwickelt worden ist. Man denke an die Rolle der Zünfte, die seit ihrer Gründung weit über das rein Wirtschaftliche hinausreicht. In der Tat gibt es im Kanton Zürich und in seinen Städten und Dörfern durchaus eine vitale Zivilgesellschaft. Die zahllosen gemeinnützigen Ver-

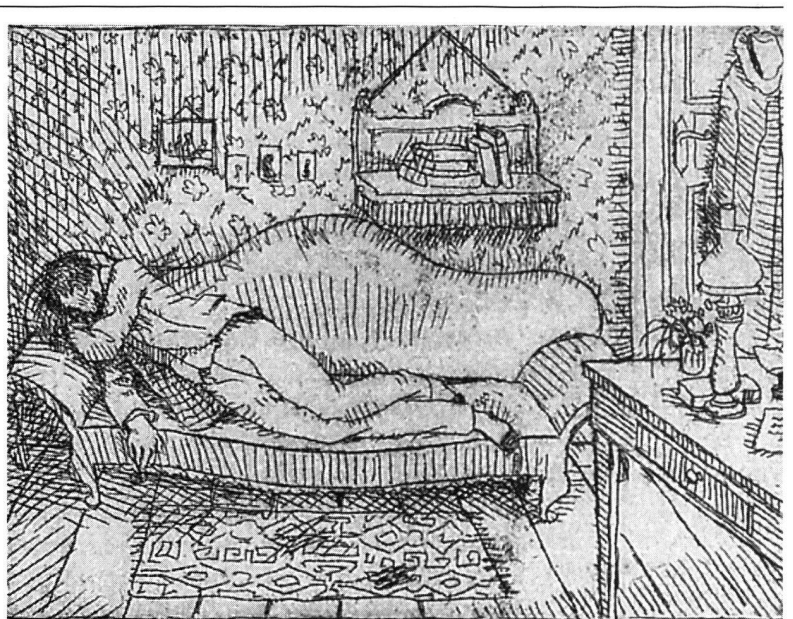
Privatisierung
ist ja nichts
anderes
als die
Rückführung
staatlicher
und staats-
wirtschaftlicher
Institutionen
in den
wirtschaftlichen
und gesell-
schaftlichen
Bereich.

eine und Stiftungen zeugen davon, auch wenn das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit solcher Strukturen in den letzten Jahrzehnten nicht besonders ausgeprägt war. Die Grundtendenz war in der Schweiz und im Kanton Zürich durchaus gegenläufig zu dem, was man die «*Thatcher-Reform*» nennt, die übrigens von der jetzigen *Blair-Regierung*, von der «*New Labour Party*», fortgesetzt wird.

Verfassungsreform als Herausforderung der Zivilgesellschaft

Der Kanton Zürich steht vor der Herausforderung, sich eine neue Verfassung zu geben. Pessimisten warnen vor einem solchen Vorhaben mit dem Hinweis, der heutigen Generation fehle jener Reformgeist, der zur wirklichen Erneuerung führt, und sie monieren, eine neue Verfassung könne eigentlich nur noch schlechter werden als die bisherige. Solcher Kleinmut schmerzt einen Politiker, der sich einem konsequenten Liberalismus verpflichtet fühlt und der überzeugt ist, dass eine Politik ohne langfristige Perspektiven, ohne Leitidee, keine Zukunft hat. Ich habe mich deshalb aus Überzeugung für dieses Projekt engagiert, obwohl damit bestimmt nicht nur Chancen, sondern auch Risiken verbunden sind.

Was sind denn aus liberaler Sicht die Leitideen einer Verfassungsreform? Es soll hier nicht wiederholt werden, was ich an-



Karl Walser, ohne Titel, Illustration zu Robert Walsers Gedicht «Nicht?» in: Robert Walser, *Gedichte*, Benno Schwabe & Co, Basel 1944.

Die Über-
wälzung
sogenannt
«öffentlicher
Aufgaben»
auf den
Bund oder
gar an
europäische
Institutionen
ist ein
Irrweg.

dernorts darüber ausgeführt habe. (Vgl. dazu: Jörg N. Rappold, Vom Mahnmal zur zukunftsweisenden Staatsleitidee, Eine neue Verfassung für den Kanton Zürich, NZZ-Sonderbeilage vom März 1999, S. B 23.) Das Gelingen dieser Verfassungsreform hängt in hohem Ausmass davon ab, ob wir es fertigbringen, den Staat zu entlasten, ohne die Aufgaben einfach an eine übergeordnete politische Instanz abzuschieben. Dabei fällt es auf, dass wir im Zusammenhang mit Verstaatlichung und Privatisierung in der Schweiz zuerst an die kantonale Ebene denken. «Der Staat», das ist eben aus historischen Gründen für viele Schweizerinnen und Schweizer immer noch der Kanton, und nicht der Bund. Dass sich die Kantone im Zusammenhang mit der Aufgaben- und Ausgabenexplosion in Engpässen befinden, ist heute offensichtlich. Ebenso bekannt sind die Probleme auf Bundesebene. Die Überwälzung sogenannt «öffentlicher Aufgaben» auf den Bund oder gar an europäische Institutionen ist ein Irrweg, der auf Verfassungsebene, und zwar auf der tiefstmöglichen, blockiert werden sollte. Dies ist nicht so einfach. Zwar hat aus liberaler Sicht jede Verfassung den Auftrag, den staatlichen Aktivitäten (ausserhalb der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen) wirksame Grenzen zu setzen. Dies ist, wie die Verfassungsgeschichte weltweit zeigt, keine leichte Aufgabe. «Limited government», und «limited taxation» sind zwar erstrebenswerte Ziele, aber es ist noch nirgends gelungen, das Staatswachstum wirksam und dauerhaft zu bremsen. Es gibt allerdings bemerkenswerte Experimente wie die erwähnten Thatcher-Reformen und die Privatisierungen in Neuseeland und Chile, aber auch diese Experimente sind gegenüber Rückfällen aller Art auf Verfassungsebene nicht geschützt.

Privatisierung als Daueraufgabe

Roger Douglas, der Inspirator und Initiant der Deregulierung Neuseelands, hat seinem Buch über den Reformprozess, den man auch als friedliche Revolution deuten kann, weil damit eine eigentliche Umkehr und eine Abkehr vom Bisherigen verbunden war, zu Recht den Titel «Unfinished Business» gegeben¹. Privatisierung, d.h. die Überführungen von bisherigen Staats-

aufgaben in den Bereich der Zivilgesellschaft, wird vermutlich immer eine unvollendete Aktion bleiben, was aber nicht heisst, dass man sie nicht anpacken und fortführen sollte. Das einzige hoffnungsträchtige Mittel, Privatisierungen erfolgreich zu machen, ist ein tragfähiges, von staatlichen Institutionen unabhängiges Netz in der Zivilgesellschaft, welches die entstaatlichten Aufgaben wirksam auffährt. Ein grosser Teil der technischen Infrastruktur-Aufgaben, etwa die Energieproduktion und -verteilung, die Telekommunikation und die Abfallentsorgung kann unter entsprechenden Auflagen von wirtschaftlichen Unternehmungen gelöst werden. Andere Bereiche wie «Gesundheit», «Bildung» und «Soziales» werden mindestens teilweise auch in Zukunft mit dem politischen System verbunden bleiben. Der Staat kann sich aber wenigstens teilweise daraus zurückziehen, wenn es zivilgesellschaftliche Strukturen gibt, welche sich in Kombination mit wirtschaftlichen Unternehmen aktiv darum kümmern. Dasselbe gilt für die Kultur, die glücklicherweise im Kanton Zürich noch starke zivilgesellschaftliche Stützpfeiler hat.

Qualifizierte Subsidiarität

«Der Kanton erfüllt nur Aufgaben, die nicht ebenso gut von den Gemeinden oder von Privaten wahrgenommen werden können», heisst es in der neuen Verfassung des Kantons Appenzell-Ausserrhoden. Damit ist viel gesagt, aber vielleicht doch noch zu wenig. Denn was heisst «ebenso gut»? Hängt das nicht mit der Finanzordnung zusammen? Denn wer den Gemeinden die eigenen Steuereinnahmen wegkantonalisiert, beraubt sie der Möglichkeit, Aufgaben «ebenso gut» oder meist sogar besser als der Kanton oder der Bund zu lösen. (Man denke an die Missbräuche in der Sozialpolitik, welche vor allem dann explodieren, wenn die Verteilzentrale keinerlei persönlichen Bezug mehr hat.) Und was hat Priorität, die Gemeinden oder die Privaten? Das Subsidiaritätsprinzip ist in der Schweiz oft in der verkürzten Form einer staatlichen Kompetenz- und Aufgabenteilung verstanden worden, während es ursprünglich auf die Abgrenzung von Staat und Nicht-Staat, bzw. von Staat und Zivil-

¹ Roger Douglas, *Unfinished Business*, Random House, Auckland, New Zealand 1993.

gesellschaft ausgerichtet war. Diese qualifizierte ursprüngliche Form gilt es wieder zu beleben. In welcher Form dies zweckmässigerweise zu normieren wäre, ist eine noch nicht gelöste Hausaufgabe liberaler Politik. Ob die Zivilgesellschaft mit ihren traditionellen, meist auf dem Milizprinzip basierenden Strukturen (Vereine, Stiftungen, Zünfte, Serviceclubs) bereit und in der Lage ist, alles zu übernehmen, was der Staat heute offensichtlich unzulänglich löst, ist ebenfalls eine offene Frage. Sicher gibt es auch in der Zivilgesellschaft einen Reform- und Anpassungsbedarf. Möglicherweise sind ein Teil dieser Institutionen unter dem Regime des Wohlfahrtsstaats verkümmert oder durch eine unheilvolle

Subventionspraxis derart mit dem politischen System verbunden, dass es – analog zum Verhältnis Staat und Kirchen – eigentliche Trennungs- und Entflechtungsinitiativen braucht, die übrigens letztlich für beide Seiten Vorteile bieten dürften. Die Renaissance der Zivilgesellschaft ist kein Postulat, das am grünen Tisch von Theoretikern entwickelt worden ist. Sie ist ein Erfordernis der Praxis. Nur wenn die Mitglieder der Zivilgesellschaft ihr Selbstbewusstsein, ihre Eigenständigkeit und ihre Kritikfähigkeit weiter entwickeln, können sie zum herausfordernden Partner politischer Institutionen werden und zum Kristallisationspunkt einer neu verstandenen Subsidiarität. ♦

Die
Renaissance
der Zivilgesellschaft ist ein
Erfordernis
der Praxis.

Wenn man nun bedenkt, dass die Ausgaben des Bundes zu zwei Dritteln aus Transferausgaben bestehen und der Ausgabenzuwachs des Bundes zu einem grossen Teil in diesem Bereich geschieht, wird klar, dass man beim Bund nicht um substantielle Abstriche im Transferhaushalt herkommt. Die Kantone als bedeutende Empfänger von Subventionen werden, wie andere Beitragsempfänger auch, daran ihren Tribut zollen müssen.

(...) Ohne Gegenmassnahmen wären die Zukunftsaussichten in der Tat noch düsterer. Bei derartigen Defiziten und Finanzierungsfehlbeträgen sinkt der Selbstfinanzierungsgrad der öffentlichen Haushalte rapid; sie würden Gefahr laufen, sich für die Deckung der laufenden Ausgaben verschulden zu müssen, was eine finanz- und wirtschaftspolitisch absolut untragbare Situation darstellt. Die kommenden Generationen würden finanziell über Gebühr für den heutigen Konsum belastet, die Handlungsfähigkeit des Staates gravierend eingeengt, und die Wirtschaftsstandorte Zürich und Schweiz verlören rapide an Attraktivität. Gesunde öffentliche Finanzen sind nämlich ein Standortfaktor erster Güte. Es ist also von besonderer Bedeutung, mit der Sanierung der Finanzen auf Bundes- wie auf Kantonsebene auch die Staatsquote tief zu halten und womöglich noch zu reduzieren. Ansonsten muss sich die öffentliche Hand mit Recht vorwerfen lassen, eine allfällige Wachstumsdynamik zum Erlahmen gebracht zu haben. Diese kann grundsätzlich nur von einer Öffnung der Märkte herkommen. Das gilt auch für die Finanzmärkte, wo es wichtig ist, dass die staatliche Anlage- und Kreditpolitik so gestaltet wird, dass ein crowding-out, also ein Verdrängen der Privaten vom Kapitalmarkt, verhindert wird. Das heisst: die Verschuldung tief halten, damit das Auftreten des Staates nicht zinstreibend wirkt. Gleichzeitig würden die Zinszahlungen ansonsten immer mehr Steuergelder beanspruchen und den staatlichen Handlungsspielraum einengen. Das wäre ein eigentlicher Teufelskreis!

Eric Honegger, in: Wirtschaft und Recht im Würgegriff der Regulierer, hrsg. Hans Giger mit Beiträgen von Christian Boesch, Ernst Cincera, Hans Giger, Eric Honegger, Daniel Lehmann, Willy Linder, Hans Jacob Pleitner, Alfred E. Urfer, Orell Füssli, Zürich 1996, S. 148 f.

KARL SCHMID UND DIE ZIVILGESELLSCHAFT

Thomas Sprecher,

geb. 1957 in Zürich, Studium der Germanistik, Philosophie und Psychologie an der Universität Zürich und an der Freien Universität Berlin. 1985 Promotion zum Dr. phil. I. 1984–1989 Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Zürich. Als Rechtsanwalt in einem Zürcher Advokaturbüro tätig. Seit 1994 nebenamtlicher Leiter des Thomas-Mann-Archivs der ETH Zürich; Publikation u.a.: *«Thomas Mann in Zürich»*, 1992.

Man wird nicht als Bürger geboren. Staatsbürgerliche Qualitäten bedürfen der Reifung. Das Bewusstsein des sich selbst verpflichteten «citoyen» muss entwickelt, gestärkt, immer wieder abgesichert werden, damit es in die Praxis überführt werden und dort dann mit ruhiger Selbstverständlichkeit ankern kann. Dies hat Karl Schmid in seinen Büchern und Aufsätzen immer wieder betont. Er hat aber nicht nur darüber geschrieben, er hat dieser Überzeugung auch vorbildlich nachgelebt.

Als Karl Schmid 1939 angefragt wurde, ob er sich in der Schweizer Armee dem Generalstab zur Verfügung stellen würde, sagte der 32jährige zu, im Bewusstsein, damit eine akademische Karriere zu vergeben; in der Überzeugung aber auch, dass die Schweiz jetzt Generalstabsoffiziere nötiger habe als Privatdozenten. Er unterstellte seine Zukunft dem Dienst des Landes. Er setzte, pathetisch gewendet, sein Leben ein – Jahrzehnte, bevor «Engagement» viel gerufen und etwas weniger gelebt wurde. Er verwirklichte hier und später exemplarisch das Milizprinzip, das er dann so oft auch schreibend umkreiste. *«Wir verstehen darunter», schrieb er 1972, «jene eigentümliche, in unserem Kleinstaat verbreitete und wichtige Gewohnheit, nach der einer, der irgendeinen Beruf hat, daneben innerhalb der res publica noch diese oder jene andere Aufgabe übernimmt – dilettantisch, insofern er da kein Fachmann ist, aber durchaus nicht dilettantisch, indem nicht Liebhaberei oder Vergnügen, sondern Dienstleistung zur Rede steht.»*

Die Katastrophe des Nationalsozialismus prägte Schmid's Denken und festigte seine politischen Instinkte. Sie liess ihn erkennen, welche ungeahnte, ungeheure Gefahr die alte deutsche Trennung von Geist und Politik bedeutete. Ästhetisierende Apolitie war bequem, und sie war des Teufels. Das Sich-ferne-Halten von der Gestaltung des Öffentlichen fiel ein für allemal aus dem Erlaubten. Auch Delegation zählte nicht. Wer Gewissen hatte, nahm teil, persönlich, verantwortlich. *«Jetzt ist man entweder ein Lump, oder man ist ein Staatsbürger.»* So Schmid 1940 vor Schülern.

Die deutsche Tragödie bestimmte ihn, sich dem eigenen Land und damit der Staatsverbundenheit schweizerischer Prägung zuzuwenden. Die Entelechie seines Denkens vollzog sich weitgehend auf nationalem Boden. Die helvetischen Prämissen müssen in seinem Werk immer mitbedacht, können von ihm nicht abgezogen werden. Seine Staats- und Gesellschaftsdiagnose war stets auch eine Schweizdiagnose. Die anhaltende Konzentration Schmid's auf das Staatswesen, in und mit dem er lebte, mag dort als Nachteil empfunden werden, wo man das eidgenössische Modell für ausgedient hält. Steht Europa tatsächlich aber, wie Karl Jaspers einmal erklärt hat, vor dem Dilemma, sich zu balkanisieren oder zu helvetisieren, so kommt man zum gegenteiligen Schluss. Dann erlangen die schweizerische Konsonanz des Widersprüchlichen, bei aller Unwiederholbarkeit historisch glücklicher Konstellationen, Laboratoriumsqualität und Schmid's Gedanken dazu kontinentale, ja globale Reichweite.

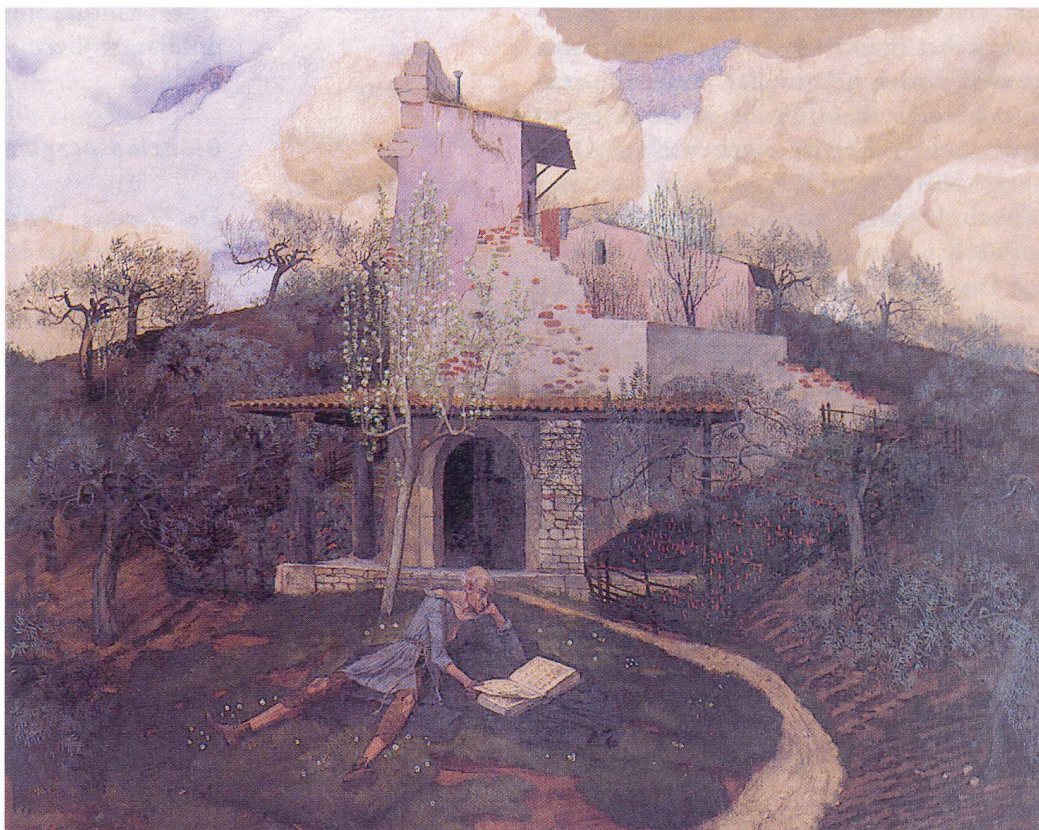
Die Bürger sind zuständig

Schmid sah in der Beschäftigung mit dem Staat den Wesenszug, mit dem sich die schweizerische Kultur am schärfsten vom deutschen (oder auch französischen) Geistesleben unterschied. Das schweizerische Selbstverständnis geht dahin, dass das Öffentliche nicht die Aufgabe bestimmter Schichten sei. Solche Schichten lassen sich eben gar nicht bestimmen. Der Staat ist nicht Sache Auserwählter, sondern des ganzen Volkes. Jeder Bürger ein Politiker. Er ist nicht anonym, nicht massen-

haft, nicht Untertan, sondern idealtypischerweise sichtbar, selbständig und verantwortlich. Er gibt autonom seine Stimme ab und steht dann im Wort. Er vertritt seine Interessen und Ideen selbst. Die *res publica* ist sein subjektives Augenmerk. Er steht in permanentem Dialog mit der Nation über die Fragen, die allen unter den Nägeln brennen. Die Folge daraus ist eine durchgehende Politisierung. Es gibt keinen staatlichen Komplex, keinen öffentlichen Bereich von Belang, für den letztlich nicht der Bürger zuständig wäre. Das hält sein politisches Sensorium wach und scharf. Seine ungeschiedene Sorge um das Ganze, die ihre beschwerlichen und unökonomischen Seiten hat, resultiert

nicht aus der rationalen Einschätzung, andere, Funktionäre, würden seine Interessen schlechter vertreten. Sie wurzelt in einer seelischen Grundverfassung des Bürgers als Milizionär, aus welcher auch alle staatsrechtlichen Ausgestaltungen der Demokratie erwachsen. Zum Beispiel bewahrt sich der Bürger die Möglichkeit der schnellen Korrektur der gewählten Repräsentanten in Parlament und Exekutive, die nicht nach dem Willen der Repräsentierten handeln.

Die Diskussion der konkreten politischen Institutionen und ihres staatsrechtlich optimalen Zusammenspiels stand nicht im Vordergrund von Schmidts essayistischen Bemühungen. Aber er wusste natürlich, dass sich mit dem Ideal der Zuständigkeit aller für alles noch kein Staat machen liess. Wo war dieser etwa, jenseits



Eremit (1907), Öl auf Leinwand, 64 x 80 cm, Sammlung Mayenfisch, Kunsthaus Zürich.

O wie beneidenswert, wie schön, wie reich ist dieses einsamen Mannes Leben, der sein Gebet und seine tägliche, gesunde Arbeit gleich schön und ruhig verrichtet. Wenn er am frühen Morgen erwacht, so schmettert das heilige und fröhliche Konzert, das die Waldvögel unaufgefordert anstimmen, in sein Ohr, und die ersten, süssen Sonnenstrahlen hüpfen in sein Zimmer. Beglückter Mann. Sein bedächtiger Schritt ist sein gutes Recht, und Natur umgibt ihn, wohin er mit den Augen schauen mag. Ein Millionär mit all dem Aufwand, den er treibt, erscheint wie ein Bettler, verglichen mit dem Bewohner dieser Lieblichkeit und Heimlichkeit. Jede Bewegung ist hier ein Gedanke, und jede Verrichtung umkleidet die Hoheit; doch der Einsiedler braucht an nichts zu denken, denn der, zu dem er betet, denkt für ihn. Wie aus weiter Ferne Königssöhne geheimnisvoll und graziös daherkommen, so kommen, um dem lieben Tag einen Kuss zu geben und ihn einzuschläfern, die Abende heran, und ihnen nach folgen, mit Schleier und Sternen und wundersamer Dunkelheit, die Nächte. Wie gerne möchte ich der Einsiedler sein und in der Einsiedelei leben. (R. W., Die Einsiedelei)

Das
Milizprinzip
erlaubt unterschiedliche
Intensitäten und
verschiedene
Phasen der
Teilnahme.

des demokratischen Gesetzes der grösseren Zahl, auf besondere Kompetenz angewiesen? Schmid befasste sich intensiv mit dem Gegensatz zwischen wissenschaftlichem und politischem Denken. Er hielt den Sachverstand in Ehren. Die grossen Entscheidungen aber hielt er für politisch und behielt sie dem Souverän vor. Der Fachmann sollte vorbereiten und überzeugen, *entscheiden* aber – in Kenntnis der Interessen der Experten, unter Berücksichtigung der Enge des Spezialistenblicks – der Bürger.

Die gewissensgebundene Unteilbarkeit des Staatsbürgertums macht dieses – natürlich – nicht schon totalitär. Das Milizprinzip erlaubt unterschiedliche Intensitäten und verschiedene Phasen der Teilnahme. Man kann und soll sich zwischendurch vom Staat erholen. Womit die-

sem vielleicht auch gedient wäre. Denn umgekehrt kann ja, wie *Karl Schmid* immer wieder betont hat, auch die private Sorge zur öffentlichen Angelegenheit werden: Wer im eigenen Haus Ordnung hält, verhindert, dass sich das private Problem zu einem öffentlichen auswächst. Den anderen nicht schuldhaft zur Last zu fallen ist eine erste politische Tugend.

Sorge um den «kleinen Kreis»

Als Triebkraft hinter der eigenverantwortlichen Befassung mit dem Staat erkannte *Schmid* die Einbindung in den «kleinen Kreis»: eine keimhafte, zellenhafte Gemeinschaft weniger Menschen, die aufeinander angewiesen sind. Der kleine Kreis war nach *Schmid* der Gegenstand der dauernden Sorge. Er musste geschützt, gepflegt, gesichert werden. *Schmid* stellte ihn nicht mit der Familie oder der dörflichen Gemeinschaft gleich, glaubte aber, ihre seelische Tönung schriebe sich von ihm her. Die Vorstellung des kleinen Kreises basiert nicht notwendigerweise auf stabilen, vormodernen, überblickbar-agrarischen Verhältnissen. Der einzelne kann in vielen kleinen Kreisen beheimatet sein, die sich verknüpfen lassen, die sich verändern, immer neue Schneisen in die globale Unübersichtlichkeit schlagen und mit alldem entschieden ins Hochmoderne übergreifen.

Die Abgrenzung der Schweiz von Deutschland nach 1933 hat *Karl Schmid* auch zur Akzentuierung der (viel älteren) Abgrenzung des Nationalen vom Kulturellen geführt. Diese «doppelte Bürgerschaft» – kulturell zu einer anderen Gemeinschaft gehören als politisch – ist kein helvetisches Spezifikum. Heute begegnet es vorwiegend in der Diskussion um den «Verfassungspatriotismus». Danach impliziert Loyalität zu einem Staatswesen nicht die Pflicht, sich allen Kulturen, die es beherbergt, zu assimilieren, ja nicht einmal die Pflicht, sich einer der angestammten Kulturen zu assimilieren. Immerhin und allerdings sei die Frage in den Raum gestellt, wie weit eine politische Loyalität reichen kann, die nicht auf dem Boden einer Kultur steht, in welcher das Gemeinwesen selbst wurzelt. Ein Staat beispielsweise, der sich Toleranz vorschreibt, kann die intole-

Den
anderen nicht
schuldhaft zur
Last zu fallen
ist eine erste
politische
Tugend.

Wo die
Identifikation
mit der
eigenen
Staatlichkeit
sich lockert
und löst,
verlangt das
Milizprinzip
nach frischer
Motivation.

rante Kultur einer seiner Ethnien nicht dulden, will er nicht selbst ihr Opfer werden.

Glanzlos pragmatische Vernunft

Der Zweite Weltkrieg generierte Lebenssinn von selbst. Man wusste, wogegen man war, davon lebte man. Im Kalten Krieg schon nahmen die defensiven Emotionen an Intensität ab. *Karl Schmid* erlebte das Aufkommen der multiplen Identitäten, den Verlust der Bindekraft des Staates. Er erkannte, dass die Identifizierung des Bürgers mit dem Gemeinwesen – und damit des Bürgers als Bürger – an Selbstverständlichkeit verlor. Auch wenn er diesen Befund im Innersten bedauerte, bedauern musste, so hat er ihn doch nicht einfach als Degenerationssymptom, als friedens- und wohlstandsbedingte Erschlaffung beklagt. Er gehörte für ihn zum Preis der Un- oder doch Wenigberührtheit von Krieg und Revolution, einer alles in allem durchaus glücklichen Kontinuität. Daraus galt es nüchtern Konsequenzen zu ziehen. Die verlorene Fraglosigkeit rief nach Kompensation, bedurfte eines Zuschusses an Sinn, der dann das staatsbürgerlich notwendige Engagement mit Energie versorgen mochte. Wo die Identifikation mit der eigenen Staatlichkeit sich lockert und löst, verlangt das Milizprinzip nach frischer Motivation. Was aber hat ein Staat, der bis ins Feinste ausgebaut ist, fertiggebaut scheint, seiner Jugend (jeden Alters) noch zu bieten? Wo blieben die mitreissenden Projekte? Nicht ein einziges Wort gegen den Segen glanzlos-pragmatischer Vernunft – aber Verwaltung ist eine Tätigkeit, welche die Seele der wenigsten zu wärmen vermag. Die Routine behutsamer Reform des Bestehenden facht keine Feuer der Begeisterung an.

Schmid kam hier, trotz schweren Bemühens, über Fragen und Ansätze kaum hinaus. Sein intellektuelles Gewissen verbot ihm schnelle, billige, falsch gewordene Rezepte. Mit dem Appell an «Pflicht» und «Opfer» und «Vaterlandsdienst» allein war – und ist – nur noch wenig zu holen. Die – da schleichende, dort rasende, da verdeckte, dort offen proklamierte – Ökonomisierung aller Lebensbereiche fordert positive Anreize. Wie hält man die Bürger bei der Stange? Wie sichert sich die Zivilge-

sellschaft die für sie nötige, vom Beruf, der privaten Lebensarbeit nicht vereinnahmte Energie? Was hat sie an Aufgaben anzubieten, welche den Einsatz des einzelnen lohnen und auslösen?

Grenzen des Milizprinzips

Auch auf der anderen Seite, gewissermassen, ist das Milizprinzip in den letzten Jahren an seine Grenze gestossen. Viele wollten schon, können aber nicht. Ihr Beruf lässt ihnen die Zeit und Kraft nicht mehr, sich noch in andern Sphären zu betätigen. Die Schwierigkeit, in einer Person gleichzeitig mehrere Funktionen zu vereinen, ist entschieden gestiegen. Die Verfechter des Milizprinzips stehen vor der Aufgabe, vermehrt die Abfolge verschiedener Karrieren zu ermöglichen, Quereinstiege zu erleichtern. Die gute alte Trias der Trophäen männlicher Karrieren – Direktor, Nationalrat, Regimentskommandant – lässt sich heute kaum mehr gleichzeitig erreichen. Es spricht aber vieles dafür, dass man – nun, nicht zwingend – just die heilige Dreiheit von einst, aber dergleichen *nacheinander* erreichen können sollte. So würde der private Ehrgeiz weiterhin in staatsbürgerlich produktive Bahnen gelenkt und die Erfahrung aus dem einen Bereich (und: Lebensalter) für weitere fruktifiziert.

Die Zivilgesellschaft (der Begriff kommt bei Schmid als solcher nicht vor) muss der Staatlichkeit, das heisst vor allem: der Rechtsstaatlichkeit Sorge tragen. Sie ist auf sie angewiesen. Insofern ist gelebte Staatsbürgerlichkeit eine *conditio sine qua non* für die Existenz einer Zivilgesellschaft, welche sich durch Abschwächung und Auflösung traditioneller Bindungen kennzeichnet. Der Privatbürger muss Staatsbürger bleiben; die staatsbürgerliche Pflicht erst ermöglicht die private Kür. Für Schmid stand ausser Frage, dass nur der Staat den Rahmen bot, in dem eine in vieler Hinsicht mobiler gewordene Zivilge-

Die
Schwierigkeit,
in einer
Person
gleichzeitig
mehrere
Funktionen
zu vereinen,
ist entschieden
gestiegen.

Karl Schmid, *Gesammelte Werke in 6 Bänden*, hrsg. von Thomas Sprecher und Judith Niederberger, Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich 1998.

sellschaft sich bewegen konnte. Der Staat sollte die Vorgaben liefern für verschiedene gesellschaftliche Bereiche. Schmid hat den heute häufig zu beobachtenden Verzicht des wirtschaftlichen Handelns auf den Einbezug politischer Aspekte, zum Beispiel auf politische Klugheit, nicht mehr erlebt. Aber nur schon eine Reihe von Fusionen um 1970 hat ihn um den Vorrang der Staatlichkeit vor der Wirtschaft besorgt sein lassen.

Erziehung zum aktiven Engagement

Seit Schmid's Tod 1974 hat sich vieles weiter verändert und beschleunigt. Die direktdemokratische staatliche Willensbildung dauert heute meist zu lang, um die Rahmenbedingungen initiativ setzen zu können. Die gesellschaftlichen Veränderungen kommen in der Regel zuerst; der Staat reagiert darauf. Insbesondere antwortet er auch auf Entwicklungen ausserhalb seines Territoriums. Politik hat deswegen an Bedeutung nicht eingebüsst. Aber eine strenge Beschränkung auf «autonomen Nachvollzug» wäre der Würde des Staates nicht zuträglich. Er sollte vor der Renaissance der Zivilgesellschaft seine Fähigkeit auffrischen, sich eigene Ziele zu setzen.

Um Schmid gerecht zu werden, darf in diesem Zusammenhang die Erziehung nicht ganz unerwähnt bleiben. So stehe am Schluss, was am Anfang steht. Erziehung ist der Grundstein des staatsbürgerlichen Bewusstseins. Schmid schrieb ihr (nicht der formalen Bildung allein) hohe, ja höchste Bedeutung zu. Er selbst hat, nachdem er dann doch auch Hochschullehrer geworden war, ein Leben lang pädagogisch gewirkt, pädagogisch in einem weitern Sinn, der die Bemühung um eine lebenslange, aktive, staatsbürgerliche Meinungsbildung mit einbezieht. Und so wurde auch jede seiner Reden zur republikanischen Tat. ♦

Peter Eigen, geboren 1938, studierte Rechtswissenschaften an den Universitäten Frankfurt und Erlangen/Nürnberg und promovierte an der Universität Frankfurt. Neben seinen Lehrtätigkeiten an der Georgetown University Law School, Washington D.C., und der Universität Frankfurt war Peter Eigen zwischen 1968 und 1991 für die Weltbank mit Schwerpunkt Lateinamerika und Afrika tätig. 1992 gründete er Transparency International und ist seither Vorstandsvorsitzender dieser weltweit agierenden Organisation, die sich um Transparenz und Verantwortlichkeit in der internationalen Entwicklung bemüht. Transparency International ist die führende Organisation im Kampf gegen die Korruption.

DIE ROLLE DER ZIVILGESELLSCHAFT BEI DER BEKÄMPFUNG DER KORRUPTION

Am 31. Mai erhielt Transparency International den «Freiheitspreis» der Max Schmidheiny-Stiftung.

Peter Eigen, Direktor der Berliner Organisation, nahm die Auszeichnung entgegen.

Worum geht es *Transparency International*? Es geht uns darum, die Lebensbedingungen einzelner Menschen zu verbessern. Es geht um eine Welt, wo die Armen nicht die Gefangenen unwürdiger Lebensbedingungen sind, in der sie die Rechte, die ihnen zustehen, auch wahrnehmen können. In der Welt aber, mit der wir uns konfrontiert sehen, kann beispielsweise eine Mutter in Uganda dem Sterben ihres Kindes nur tatenlos zusehen, weil sie kein Geld hat, mit dem sie die Krankenhausmitarbeiter bestechen könnte. In dieser gegenwärtigen Welt sterben japanische Bluter, nachdem HIV-verseuchte Blutpräparate namhafter Pharmakonzerne nach der Zahlung von Schmiergeldern vom Gesundheitsministerium in Tokyo freigegeben wurden. In dieser gegenwärtigen Welt werden Subsistenzbauern von ihrem Land vertrieben, um Platz für Staudämme zu machen – Staudämme, die Konzerne aus Europa, Japan oder Nordamerika errichten, nachdem sie erfolgreich die sogenannten Eliten in dem jeweiligen Land bestochen haben. In dieser gegenwärtigen Welt befinden sich aber auch die internationalen Finanzplätze in einem harten Wettbewerb untereinander, um den aus Korruption, Steuerhinterziehung, Drogenhandel und Potentatengeldern zusammengegrafften Vermögen Schutz und Zuflucht zu bieten.

Wir werden mit diesen Dingen leben müssen, solange wir Korruption als Problem nicht ernstnehmen. Nur dann werden wir gerechte Lebenschancen für immer mehr Menschen erzielen, nur dann werden wir das volle Potential einer sozialen, auf dem Schutz der Menschenrechte basierenden Marktwirtschaft für alle Menschen nutzen können, wenn wir der Korruption entgegentreten – denn Korruption, der Missbrauch öffentlicher Macht

zum privaten Nutzen, bedeutet das Gegenteil. In diesem Kampf muss vor allem die Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle spielen, obwohl ihre Stärke und Bedeutung noch immer unterschätzt wird.

Mit Hilfe von Internet

Neue Kommunikationstechnologien versetzen Organisationen der Zivilgesellschaft heute in die Lage, sich über nationale Grenzen hinweg zu vernetzen und zusammenzuschliessen, ihre intellektuelle Führungsrolle und ihren Einfluss zu stärken. Dies sind neue technische Gegebenheiten – sie haben auch uns Antrieb gegeben und uns ermöglicht, in nur wenigen Jahren zu einer weltweiten Bewegung mit mehr als 70 nationalen Sektionen heranzuwachsen. Das bisher Erreichte wäre nicht möglich gewesen, ohne die systematische Anwendung neuer Technologien – e@mail und Internet haben es endlich möglich gemacht, interne und externe Kommunikation von (fast) allen Kräften der Schwerkraft zu befreien. Internationale Kampagnen lassen sich heute innerhalb von Tagen, wenn nicht Stunden per e@mail organisieren. Mit Hilfe des Internets lässt sich weltweit ein Millionenpublikum erreichen.

Ein Beispiel: Die Zugangsstatistiken zu unserer Internet-Seite belegen, dass täglich Tausende von Menschen unsere Netzadresse besuchen. Und das bisher noch nicht ausgeschöpfte Potential ist gewaltig – von monatlich 250 000 Besuchern unserer Internet-Adresse kamen im April nachweislich ganze 55 aus der Volksrepublik China. Dies veranschaulicht, dass die Macht von Ideen und Prinzipien es durchaus mit der Macht aufnehmen kann, die Regierungen oder Unternehmen zu Gebote steht.

Transparency International erhielt am 31. Mai 1999 den «Freiheitspreis» der Max Schmidheiny-Stiftung im Rahmen des diesjährigen ISC-Symposiums der Universität (HSG) St. Gallen. Der hier publizierte Text ist die gekürzte Fassung von Peter Eigens Dankesrede.

Und dieses Wachstum, diese Stärke zivilgesellschaftlicher Kräfte, korrespondiert mit zunehmender Schwäche der nationalen Regierungen, mit der noch immer nicht bewältigten Impotenz der Nationalstaaten gegenüber globalen Problemen. Dass sich Regierungen schwertun mit weltweiter Umweltzerstörung, mit dem Klimawandel, Menschenrechtsverletzungen grossen Stils, der immer stärkeren Ungleichheit der Lebensbedingungen, all dies ist oft genug festgestellt worden. Immerhin haben die meisten inzwischen diese Begrenzungen anerkannt, und es ist erfreulich, dass gerade von Europa – wenn auch immer noch allzu bescheidene – Impulse ausgehen, wie man globale Probleme durch internationale Zusammenarbeit angehen kann.

Dies ist ein sehr mühsamer, zäher Prozess, und daher meinen manche, die weltweit operierenden Privatunternehmen könnten in diese Lücke treten und sich dieser weltumspannenden Probleme annehmen. Immerhin sind multinationale Unternehmen gewohnt, global zu agieren: Die 100 grössten Unternehmen haben Jahresumsätze von mehr als zwei Billionen Dollar. Im Vergleich mit den Bilanzsummen dieser Unternehmen nimmt sich das Bruttosozialprodukt der Mehrzahl der Staaten geradezu zwergenhaft aus. So wird die Meinung vertreten, dass die Wirtschaft dann auf die globalen Herausforderungen antworten könne, wenn es nur gelinge, eine sozial und ökologisch vertretbare Wirtschaftsethik zu entwickeln und durchzusetzen. Wer aber soll dieses wirtschaftsethische Rahmenwerk entwickeln? Sicherlich weder die Chefetagen noch die Anteilseigner allein.

Öffentliches Mandat der Zivilgesellschaft

Wo also auf globaler Bühne Regierungen und die Wirtschaft je ihren eigenen Beschränkungen und Begrenzungen unterliegen, bleibt als dritte Kraft für die Bewältigung globaler Probleme die Zivilgesellschaft. Nur deren Organisationen können von sich mit einiger Legitimation behaupten, die Verbesserung der «Weltlebensbedingungen» vor alle anderen Interessen und Erwägungen zu stellen. Natürlich haben Regierungen, zumal demokratisch gewählte, die Legitimation, sich globalen

Problemen zu stellen; nur können sie eben nur beschränkt global operieren. Im Gegensatz dazu operieren Unternehmen natürlich längst global – ihnen fehlt aber das Mandat, die Legitimation und vor allem das Eigeninteresse, den Gemeinwohlinteressen im Zweifel Vorrang vor ihren *Shareholder*-Interessen zu geben.

Das öffentliche Mandat – formlos, spontan, chaotisch vielleicht – und die globale Reichweite, Gemeinwohlinteressen Vorrang zu geben und Sinnvolles für deren Verwirklichung zu leisten, haben in dieser Betrachtung allein Organisationen der Zivilgesellschaft. Dies trifft ganz besonders für die Kontrolle der internationalen Korruption zu, die unter der Regie von nationalstaatlicher Regelung und mit aktiver Beteiligung vieler Weltfirmen völlig aus dem Ruder gelaufen ist.



Im Bureau

Der Mond sieht zu uns hinein, / er sieht mich als armen Commis / schmachten
unter dem strengen Blick / meines Prinzipals, / ich kratze verlegen am Hals.
Aus: Gedichte von Robert Walser, Bruno Cassirer, Berlin 1908.

Vor allem zivilgesellschaftliche Kräfte haben denn auch dem weltweiten Kampf gegen Korruption Richtung und Impetus zu geben. Zivilgesellschaftliche Kräfte sind es, die Regierungen und Unternehmen dazu drängen, rechtlich verbindliche internationale Regelungen zu entwickeln, die Schmiergeldzahlungen und Bestechung eindämmen. Nur die Zivilgesellschaft kann bei der Überwachung und Umsetzung dieser Rahmenwerke eine Führungsrolle übernehmen und unabhängig agieren. Und nur kompetente zivilgesellschaftliche Organisationen werden die nötige öffentliche Glaubwürdigkeit geniessen, über Erfolge und Fehlschläge der Bemühungen von Regierung und Privatwirtschaft wirkungsvoll zu berichten.

Um diesen – zugegeben – hohen Erwartungen zu entsprechen, werden zivilgesellschaftliche Organisationen ihre eigenen Fähigkeiten und Strukturen stärken und weiterentwickeln müssen. Auch bei *Transparency International* wissen wir, dass wir noch sehr viel zu lernen haben. Viele hervorragende national operierende Organisationen werden sich international orientieren müssen; viele auf *ein* Problemthema fokussierte Organisationen werden professioneller werden müssen; und viele Organisationen werden verstärkt mit anderen zusammenarbeiten müssen, ja müssen oft auf Konfrontation verzichten, um ihr grösstmögliches Wirkungspotential zu nutzen.

Gleichzeitig gilt es aber auch, sich keinen Selbsttäuschungen hinzugeben. Wer sich für das Gemeinwohl einsetzt, muss zudem auf seine eigene Transparenz und Glaubwürdigkeit und auf demokratische Legitimation achten. Und zugleich müssen wir bei unserem Einsatz für das Gemeinwohl gewahr sein, mit welchen Widerständen wir es zu tun haben, welche Hürden es zu überwinden gilt. Ist es denn überhaupt eine realistische Einschätzung zu glauben, dass die konsequente Anwendung neuer Kommunikationstechnologien zu der Verwirklichung dieser Aufgabe wesentlich beitrage?

Einer der Punkte, für die sich *Transparency International* einsetzt, ist eine grössere Transparenz staatlichen Handelns und allgemeiner Zugang zu den Akten der Verwaltung. Die Erfahrung zeigt, dass der Korruption dann besser vorgebeugt und

Zivilgesell-
schaftliche
Kräfte sind
es, die
Regierungen
und Unternehmen
dazu drängen,
rechtlich
verbindliche
internationale
Regelungen
zu entwickeln,
die Schmier-
geldzahlungen
und Bestechung
eindämmen.

sie bekämpft werden kann, wenn es einen möglichst ungehinderten Informationszugang und ein breites Akteneinsichtsrecht gibt. Viele setzen hier grosse Hoffnungen auf die Möglichkeiten des Internets.

Doch durch ein Überangebot von Information entsteht sofort auch das Nadelöhr der wirksamen Nutzung der relevanten Informationen. Dieses Problem des Zugangs zu Informationen verstärkt sich noch durch die enorme Komplexität der Sachverhalte. Organisationen der Bürgergesellschaft müssen ein hohes Mass an Professionalität entfalten, um die Möglichkeiten des neuen Informationsflusses effektiv zu nutzen.

Schweiz als Vorbild

Berücksichtigt werden muss aber auch der hohe Organisationsgrad der Gegeninteressen. Dieses Problem wiederum lässt sich illustrieren durch die Rolle, die heute die grossen internationalen Finanzplätze im Zusammenhang mit Korruption spielen. Diese Rolle ist insofern klar, als es heute praktisch keinen Fall internationaler, grenzüberschreitender Korruption gibt, der nicht auf die Dienstleistungen dieser Finanzplätze angewiesen wäre.

Es liegt mir sehr daran anzuerkennen, was in diesem Zusammenhang in den vergangenen Jahren in der Schweiz in Bewegung gekommen ist. Diesen Prozess gilt es zu fördern und weiter voranzubringen.

Es war vor allem der Fall des 1986 gestürzten philippinischen Diktators *Ferdinand Marcos*, der hier als zugleich mahnendes wie ermutigendes Beispiel dient, aus dem die Schweiz dann, notabene, auch politische Schlussfolgerungen gezogen hat. Ein mahnendes Beispiel, weil es schliesslich mehr als zehn Jahre gedauert hat, bis endlich ein Teil des durch Korruption und Unterschlagung zusammengegrafften Vermögens seinen Weg zurück in das Land gefunden hat, in dem es gestohlen wurde. Mahnend auch, weil der Fall *Marcos* darauf hinweist, dass es noch immer keinen gut funktionierenden internationalen Mechanismus gibt, der die Rückführung dieser Potentatengelder regelt. Mahnend schliesslich auch, weil die heutigen Potentaten korrupte Vermögen noch immer problemlos im sicheren Ausland

anlegen können, nicht zuletzt auch in der Europäischen Union oder ihr unmittelbar verbundenen Jurisdiktionen.

Ermutigend aber auch, weil die Schweiz Lehren aus diesem Fall gezogen hat. So wurde 1997 die Gesetzgebung gegen die Geldwäscherei verschärft. Die 1998 erlassenen neuen Richtlinien der eidgenössischen Bankenkommission richten sich zudem speziell auf Potentatengelder. Synchron mit diesen Richtlinien haben die Schweizer Banken in ihrem internen, zivilrechtlich abgesicherten Standesrecht eine neue Sorgfaltspflichtbestimmung verankert. Ausserdem veröffentlichte kürzlich das Eidgenössische Bundesamt für Polizeiwesen – übrigens auf Initiative unserer schweizerischen Sektion – eine Checkliste für Gesuche aus dem Ausland um Gewährung schweizerischer Rechtshilfe in Strafsachen. Dies ist ein kleiner, aber wichtiger Schritt, um es ein wenig einfacher zu machen, durch Korruption geraubte Vermögen zu repatriieren. Und schliesslich hat auch die Schweiz im Dezember 1997 die OECD-Konvention gegen internationale Korruption unterzeichnet; ich bin zuversichtlich, dass sie auch in

.....
 Die 1998
 erlassenen
 neuen
 Richtlinien
 der eidgenös-
 sischen Banken-
 kommission
 richten sich
 speziell auf
 Potentaten-
 gelder.

der Schweiz rasch in nationales Recht umgesetzt werden wird.

In unseren weltweiten Kontakten sucht *Transparency International* in den wichtigsten Ländern auch den Dialog mit den Banken und Finanzdienstleistern selbst, um diese dazu zu bringen, ihre Verantwortung stärker wahrzunehmen und dem Thema Korruption mehr Aufmerksamkeit entgegenzubringen.

So positiv diese jüngsten Entwicklungen natürlich sind, so sollte man sich doch keinen Illusionen hingeben. In der Masse, in der etwa die Möglichkeiten einer Nichtregierungsorganisation wachsen, e@mail und Internet für ihre Zwecke zu nutzen, in der Masse wachsen auch die Möglichkeiten des Missbrauchs dieser Technologien. Neue Technologien der Kommunikation stehen allen zu Diensten, den Rechtschaffenen und den Sündern, den Regierungen, Privatunternehmen, Nichtregierungsorganisationen. Doch wegen ihrer Unmittelbarkeit werden sie vor allem eine nützliche Waffe für die Bürgergesellschaft sein, im Bemühen um eine gerechte, humane, lebenswerte Welt für alle Menschen. ♦

Oder wird die Zivilisation bald so weit fortgeschritten sein, dass sie zwischen «Preis» und «Wert» gar keinen Unterschied mehr erkennt?

Die «helvetische ökologische Verfassung» will diesen Unterschied kennen. Sie will wissen, dass diejenigen, die ihn nicht kennen, dafür bereits einen hohen Preis bezahlt haben, selbst nach ihren eigenen und einzigen Massstäben, den ökonomischen. Aber sie begnügt sich nicht mit der Feststellung, dass dieser Massstab morgen unbezahlbar wird. Sie stellt fest, dass (nach ihren Massstäben) der Preis dafür überhaupt nicht zu bezahlen ist – es sei denn, in einer ganz anderen Währung. Nicht derjenigen, um die etwas zu haben ist. Sondern einer, die sich nur an sich selber messen lässt. Sie hat mit Sein und Dasein zu tun. Ihr Mass ist das wahre Bedürfnis der Person.

Aber wo hat sie denn erfahren, dass es wahr ist? Nicht auf dem Markt. Daher auch nicht gegen den Markt. Sie hat es kennengelernt als Wert an sich und als Wert für uns. Man kann sich dafür nichts kaufen. Er ist nicht bezahlbar. Vom Schenken wird er mehr, ohne sich zu verändern. Aber er verändert die Person.

Beat von Scarpatetti, Helvetische ökologische Verfassung, Ein Entwurf, Nachwort von Adolf Muschg, Schwabe Verlag, Basel 1998, S. 106.